

Russlands „Tandemokratie“ unter Putin und Medvedev: Co-Habitation oder Provisorium?

Luchterhandt, Otto

Veröffentlicht in:
Abhandlungen der Braunschweigischen
Wissenschaftlichen Gesellschaft Band 63, 2010,
S.167-208



J. Cramer Verlag, Braunschweig

Russlands „Tandemokratie“ unter Putin und Medvedev: Co-Habitation oder Provisorium?*

OTTO LUCHTERHANDT

Im Wendischen Dorfe 28, 21335 Lüneburg

Noch bevor Dmitrij Medvedev im Mai 2008 das Amt des Präsidenten Russlands antrat und eine Woche später Vladimir Putin in das Amt des Ministerpräsidenten hinüberwechselte, wurde in den russischen Medien die neue Machtkonfiguration als „Tandem“ und ihre gemeinsame Regierung bald als „Tandemokratie“ bezeichnet¹. Im Ausland wurden die Wörter schnell übernommen und sind inzwischen Begriffe geworden.

Was drückt das mit dem Wortspiel transportierte Bild aus? Ist die darin liegende politische Aussage zutreffend?

In *technischer* Hinsicht, das wissen wir, auch ohne den Fremdwörter-Duden zu Hilfe zu nehmen, meint man mit Tandem in aller Regel ein Zwei-Personen-Fahrrad mit zwei hintereinander montierten Lenkern, Sitzen und Pedalen. Entscheidend für die Fortbewegung ist, wer vorn sitzt, denn der vordere Fahrer, der Pilot, lenkt das Vehikel und bestimmt dessen Richtung, während der hintere Fahrer sich ihm anpassen, aber ebenso kräftig in die Pedale treten muss.

In *politischer* Hinsicht will der Vergleich mit einem Tandem offenkundig das Machtverhältnis zwischen Putin und Medvedev ins Bild rücken, – den Rangunterschied zwischen Chef und Mitarbeiter, zwischen Vorgesetztem und Untergebenem, zwischen Senior- und Juniorpartner. Aber wer kann in der Tandemokratie den Vorder-, wer den Rücksitz beanspruchen? Wer sitzt vorn und wer hinten? Wie verteilen sich Staatspräsident und Ministerpräsident auf die beiden Sättel?

In *verfassungsrechtlicher*, also formaljuristischer Sicht ist die Antwort ebenso einfach wie eindeutig: der Präsident Russlands hat den Vordersitz, denn er

* Eingegangen 07.02.2011. Der Vortrag wurde am 16.1.2010 aus Anlass des Neujahrsempfanges der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft gehalten.

¹ Zuletzt wieder im Leitartikel der Nezavisimaja gazeta [Unabhängige Zeitung], Moskau, vom 11.1.2011, S. 2 („Opasnost' dvojnych signalov“ – Die Gefahr zweifacher Signale); Malek, Martin (Wien): Von der „gelenkten“ Demokratie“ zur „Tandemokratie“ (11. 9. 2009), in: <http://www.maiak.info/medwedew-russland-gelenkte-demokratie-tandemokratie>.

verfügt über die meiste Macht im Staate². Er bestimmt die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik, ernennt und entlässt nach freiem Belieben, ohne Mitwirkung des Parlaments, den Ministerpräsidenten, er kann die Arbeit des Kabinetts programmieren und blockieren.

Der Staatspräsident hat ferner großen Einfluss auf die *Gesetzgebung*, kann Lücken in den Gesetzen durch eigene Dekrete (ukaz) ausfüllen, also selbst Recht setzen, er darf das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen, und der Staatspräsident ist an der Einsetzung aller Richter und des Generalstaatsanwalts maßgebend beteiligt. Kurz: Der Präsident Russlands vereinigt in seinen Händen die Prärogativen des amerikanischen und des französischen Präsidenten. Der amerikanische Politikwissenschaftler Stephen Holmes hat die russische Präsidialmacht daher zu Recht „Superpräsidentialismus“ genannt³.

Der Ministerpräsident Russlands (korrekt heißt er „Vorsitzender der Regierung“, Art. 110 Abs. 2 Verfassung Russlands) hat in diesem superpräsidentiellen Regierungssystem nur die Stellung eines obersten Verwaltungschefs und als solcher die eher undankbare Aufgabe, die harte Kärnerarbeit des Regierungsalttags zu leisten, also die Politik des Staatspräsidenten auszuführen. Im Bild des Tandems: die Verfassung weist dem Ministerpräsidenten den Rücksitz zu.

Wenn wir nun aber nicht auf die Verfassungsnorm, sondern die *Verfassungswirklichkeit* abstellen, bekommen wir ein anderes Bild, denn in der politischen Realverfassung Russlands ist der mächtigste Akteur eindeutig Ministerpräsident Vladimir Putin⁴. Aus diesem Blickwinkel sitzt also er vorn, ist er der Lenker des Tandems. Darin sind sich nach konstanten demoskopischen Umfragen breite Mehrheiten des Volkes und der politischen Experten in Russland einig⁵.

² Ausführlich zur Machtstellung des Präsidenten und zum folgenden siehe Luchterhandt, Otto: *Präsidentialismus in den GUS-Staaten*, in: Luchterhandt, Otto (Hrsg.): *Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS*, 2. aktualisierte Auflage, Berlin 2002, S. 255–371 (300 ff.).

³ Superpresidentialism and its Problems, in: *East European Constitutional Review* 1993/1994, S. 123–126.

⁴ Das gilt noch immer, d.h. bei der Hinzufügung der Anmerkungen und des „Nachtrages“ (siehe unten) zu diesem Vortrag, also bei Abschluss des Manuskripts (Mitte Januar 2011).

⁵ Davon zeugt die von der Redaktion der „Nezavisimaja gazeta“ monatlich veröffentlichte Rating-Tabelle der „100 führenden Politiker Russlands“, die aufgrund von Umfragen unter einem festen Kreis führender Politologen Russlands in Form einer Punkteskala zwischen 1 und 10 aufgestellt wird und (mit der Ausnahme eines Monats im Sommer 2010) konstant, mit mehr oder weniger deutlichem Abstand Putin vor Medvedev platziert. Siehe etwa die Ausgaben der genannten Zeitung vom 29.12.2009, S. 7 (9,34: 9,01) und vom 1.12.2010, S. 5 (9,46:9,39). Statt vieler Autoren siehe nur die Analyse der prominenten Politologin Ol'ga Kryštanovskaja vom Zentrum für Elitenforschung der Akademie der Wissenschaften Russlands „Kačeli vlasti: Putin/Medvedev“ [Die Machtschaukel Putin/Medvedev], in: *Nezavisimaja gazeta* vom 26. 10. 2009, S. 8; ferner – zum „Jahrestag“ des Tandems die Analyse von Nikolaj Petrov (Carnegie-Centre Moskau): *Neravnyj brak* [Ungleiche Ehe], in: *NG-Politika* 2009, Nr. 4 (3.3.), S. 9/11.

Worauf sich diese stabile und durchaus zutreffende Meinung gründet, werde ich im Hauptteil meines Vortrages im Einzelnen darlegen. Hier möchte ich noch einen Moment bei der seltsamen Situation verweilen, dass der mächtige Staatspräsident sich auf dem Rücksitz des Tandems abstrampelt.

Die politische Paradoxie der Konstellation ist, das kann nicht verwundern, eine lebhaft sprudelnde Quelle von Spekulationen sowohl in Russland selbst als auch und erst recht im Ausland darüber, ob Präsident Medvedev mit Hilfe seiner verfassungsmäßigen Machtbefugnisse Vladimir Putin mit der Zeit auf den Rücksitz abdrängen und entmachten kann und vielleicht auch wird?

Das ist in der Tat eine spannende Frage und eine politische Schlüsselfrage dazu, denn der Versuch, sie zu beantworten, eröffnet den Zugang zum Verständnis der Eigenart, der Funktionsweise und der Probleme der Tandemokratie, nicht zuletzt aber auch des Verhältnisses zwischen Putin und Medvedev. Skepsis gegenüber der Funktionsfähigkeit der Tandemokratie ist in Russland weit verbreitet, und sie erscheint auch angebracht, zumal, wenn man die außerordentlich starke autokratische Tradition Russlands bedenkt, welche fast die gesamte Geschichte des Landes seit der frühen Neuzeit als Dominante durchzieht⁶. Sie hat immer dahin gedrängt, verschwommene Machtverhältnisse rasch durch eindeutige Hierarchien zu klären.

Naturgemäß wirft das auch die Frage nach der Dauerhaftigkeit und der Zukunft des Tandems auf, auf die ich gegen Ende meines Vortrages eingehen werde.

Wie dem aber auch sei. Die Tandemokratie ist einstweilen ein Faktum. Im Titel meines Vortrages habe ich für sie zwei Interpretationsmöglichkeiten formuliert: Cohabitation und Provisorium. Sie schließen sich nicht unbedingt aus, setzen nur unterschiedliche Akzente. In meinen weiteren Ausführungen werde ich zeigen, dass wir es mit einem Provisorium zu tun haben, das aber – anders als so viele „Provisorien“ in der Geschichte – nicht „ewig“ währt, sondern nach meiner Einschätzung ein zeitlich genau bestimmbares, nämlich 2012 zu Ende gehendes *Transitorium* darstellt.

Kann man die Tandemokratie aber als Cohabitation deuten? Ist der Begriff auf sie überhaupt anwendbar oder aber deplatziert? In der Tat ist die Anwendbarkeit zweifelhaft, denn was bedeutet Cohabitation?

Der Begriff hat sich zur Beschreibung einer spezifischen *politischen* Konstellation im Verfassungsleben Frankreichs eingebürgert, nämlich für den Fall, dass das Amt des Staatspräsidenten von dem Chef der einen Partei besetzt ist, während die Parlamentsmehrheit, die von ihr gebildete Regierung und folglich

⁶ Dazu etwa die Gedanken von Christian Neef: Gefährliches Tandem, in: DER SPIEGEL 2008, Nr. 9, S. 122/123.

auch der Premierminister von der gegnerischen Partei beherrscht bzw. gestellt werden⁷.

Gleichwohl müssen Staatspräsident und Premierminister trotz ihrer parteipolitischen Gegnerschaft zum Wohle des Landes mehr oder weniger eng und einvernehmlich zusammenarbeiten. Zugleich ist ihr Verhältnis aber auch durch politische Rivalität, lauerndes Misstrauen und Konflikte geprägt, die sich bis zur Konfrontation steigern können.

Fälle der Cohabitation hat es unter dem Sozialisten François Mitterand gegeben, der zeitweilig mit den Gaullisten Jacques Chirac und Édouard Balladur als Premierminister regieren musste, und ferner unter Präsident Chirac, als Premierminister der Sozialist Lionel Jospin war.

Die Cohabitation ist also die Folge eines Regierungssystems, in welchem sowohl das Staatsoberhaupt als auch das Parlament unmittelbar vom Volk gewählt werden, während der Premierminister und die Regierung ihr Mandat nach dem Prinzip der parlamentarischen Demokratie von der Parlamentsmehrheit erhalten. Staatsschef und Regierungschef können infolgedessen, je nach der Entscheidung des Volkes, Exponenten rivalisierender oder sogar verfeindeter politischer Lager und Parteien sein.

Die Cohabitation setzt demgemäß ein starkes, funktionierendes Parteiensystem auf der Grundlage einer selbstbewussten, autonomen und durchstrukturierten Zivilgesellschaft ebenso voraus wie einen lebendigen Parlamentarismus, gut organisierte, schlagkräftige politische Parteien, freie und faire Wahlen und die reale Möglichkeit des Machtwechsels zwischen Regierung und Opposition, und das alles selbstverständlich unter rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen.

Alles das existiert in Russland indes nicht oder allenfalls rudimentär⁸. Zwar gab es Ansätze dazu in den 1990er Jahren während der Präsidentschaft Boris Jelzins, aber sie sind von Vladimir Putin mit Hilfe seiner überwältigenden Machtbefugnisse als Staatspräsident konsequent, Schritt für Schritt, abgebaut oder erstickt worden. Gestützt vor allem auf die von ihm in führende Positionen gebrachten Funktionäre der Sicherheitsorgane hat Putin ein politisches System geschaffen, das völlig von der Präsidialexekutive dominiert wird. Sie beherrscht die beiden

⁷ Kimmel, Adolf: Die „cohabitation“: Verfassungsprobleme und politische Praxis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ). Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament' 1987, Nr. B6-7 (7.2.), S. 14–23.

⁸ Zum Folgenden siehe den Länderbericht „Das politische System Russlands“ von Margareta Mommsen bei Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 3. Auflage 2010, S. 419–478; Mommsen, Margareta/ Nußberger, Angelika: Das System Putin, München 2007.

Kammern des Parlaments, hat die Unabhängigkeit der Gerichte zu einer Fassade gemacht, besitzt die strategische Kontrolle über die Wirtschaft, kontrolliert die elektronischen Medien des Landes völlig und die Printmedien weitgehend, hat die Oppositionsparteien – mit Ausnahme der Kommunistischen Partei – marginalisiert und durch alle diese Aktionen der unter Präsident Jelzin entstehenden Zivilgesellschaft die nötigen Kräfte zu ihrer Entfaltung entzogen.

Daraus folgt: Der für die *Cohabitation à la française* kennzeichnende und in das Regierungssystem Frankreichs eingebaute Gegensatz zwischen rivalisierenden politischen Parteien und, darauf beruhend, zwischen Staatschef und Regierungschef fehlt in Russland.

Lässt sich aber gleichwohl nicht auch die Tandemokratie Putins und Medvedevs als *Cohabitation* bezeichnen und vielleicht sogar mit größerer Berechtigung als die besagte Machtkonstellation in Frankreich?

Meiner Ansicht nach sehr wohl! Denn es war natürlich ein mit Ironie gewürzter Euphemismus, die spannungs- und konfliktreiche Koexistenz von Staatspräsident und Premierminister im französischen Regierungssystem als *Cohabitation* zu bezeichnen. Die ursprüngliche, eigentliche Bedeutung des Wortes ist eine ganz andere. Es entstammt der familiären Sphäre und bezeichnet das Verhältnis zweier Partner, deren Beziehung von emotionaler Nähe, Zuneigung und wechselseitigem Vertrauen bestimmt ist, sowie ihr darauf gegründetes Zusammenleben.

Ohne das Verhältnis zwischen Putin und Medvedev idealisieren zu wollen, scheint mir ihre Tandemokratie eher in diese Richtung zu weisen – eine *cohabitation à la russe*. Denn eines kann man mit Bestimmtheit sagen: das Verhältnis zwischen Putin und Medvedev ist zu keiner Zeit von Rivalität geprägt worden. Vielmehr ist es ein Kooperationsverhältnis mit einer gewissen politischen Rollenverteilung, in dem jedoch Putin den Ton angibt.

Medvedev war bis zu seinem Amtsantritt als Staatspräsident (Mai 2008) kein selbständiger Akteur im politischen System Russlands⁹, und er hat sich auch seither im Präsidentenamt nicht zu einem solchen Akteur entfaltet. Das hat eine ganze Reihe von Gründen und Ursachen, die ich im Folgenden in einem ge-

9 Zum folgenden bzw. zu Medvedevs Biographie siehe den biographischen Artikel in der russischen Wikipedia (mit zahlreichen Nachweisen): http://ru.wikipedia.org/wiki/Медведев,_Дмитрий_Анатольевич; Rekuta, Aleksandr: *Dva prezidenta* [Zwei Präsidenten], Moskau 2008, S. 24–38; ferner Rahr, Alexander: Putin oder Medwedjew: Wer regiert?, in: *Internationale Politik* 63. Jahrgang (2008), Nr. 2, S. 19–25; Muchin, Aleksej Alekseevič: *Piterskoe Okruženie prezidenta* [Die Petersburger Umgebung des Präsidenten], Moskau, S. 2003, S. 117 f.; Portnikov, Vitalij: *Počemu Medvedev?* [Warum Medvedev?] Kiew 2008; Kolesnikov, Andrej: *Razdvoenie VVP. Kak Putin Medvedeva vybral* [Die Zweiteilung des Bruttoinlandsprodukts oder wie Putin Medvedev erwählte], Moskau 2008.

drängen Überblick zusammenfassen möchte. Über fast jeden einzelnen der zu nennenden Aspekte könnte man einen längeren Aufsatz verfassen. Hier kann ich mich aber natürlich nur auf einige skizzenhafte Striche beschränken.

II.

Die Argumentationskette, welche die politische Unselbständigkeit und das fehlende Eigengewicht Medvedevs im TANDEM belegen, ist lang.

An erster Stelle ist die sehr lange, nämlich bis 1991 zurückreichende enge Zusammenarbeit Vladimir Putins mit Dmitrij Medvedev zu nennen. Sie geschah in ganz unterschiedlichen Stellungen, Organen und Behörden, aber Putin hatte dabei immer die Position des Vorgesetzten.

1. Putin machte Medvedev zu seinem Rechtsberater, als er 1991 bis 1996 einer der drei (!) „Ersten Stellvertreter“ des Oberbürgermeisters von Sankt Petersburg und als solcher für die Außenwirtschaftsbeziehungen der Stadt zuständig war. Medvedev hatte 1990 – er war damals 25 Jahre alt – in Zivil- und Wirtschaftsrecht an der Petersburger Universität promoviert. Er war dadurch eine wichtige Stütze für Putin, der zwar auch Jura studiert hatte, aber als KGB-Spion in der DDR den Kontakt zu seinem Beruf und zu dem sich während Gorbatschows Perestrojka rasch wandelnden Sowjetrecht und zu der gerade entstehenden Rechtsordnung Russlands naturgemäß verloren hatte.

Die Petersburger Jahre sind für die Karrieren Putins und Medvedevs im Besonderen und für Russland im Allgemeinen, rückblickend betrachtet, von kaum zu überschätzender Bedeutung geworden. Denn die damaligen Untergebenen Putins und viele seiner Kollegen aus der Petersburger Stadtverwaltung, die meisten von ihnen Absolventen der örtlichen Juristischen Fakultät wie er selbst, sitzen heute an den Schalthebeln der Macht Russlands¹⁰. Neben diesen sogenannten Petersburgern bilden Putins Studien- und Arbeitskollegen aus dem KGB, also Geheimdienstler, die zweite große Gruppe in der Führungsmannschaft Putins. Sie werden in der russischen und ausländischen Publizistik gewöhnlich unter dem Begriff der „Siloviki“, d.h. Inhaber von Ressorts, die sich meist auf bewaffnete „Kräfte“ (russ. sila) stützen, zusammengefasst. Die Siloviki stehen seit Jahren an der Spitze der meisten Sicherheitsorgane und teilen sich außerdem mit den Petersburgern die Kontrolle über die großen Staatsunternehmen Russlands vor

¹⁰ Siehe dazu den umfassenden Überblick über die betreffenden Personen (mit Kurzbiographien) bei Muchin, Pitserskoe okruzenie prezidenta [Die Petersburger Umgebung des Präsidenten], a.a.O.

allem in der Energiebranche (Gazprom; RosNeft´ usw.) und den sonstigen Rohstoffsektoren (Edelmetalle; Diamanten usw.)¹¹.

Die Außenwirtschaftsaktivitäten, die ihn häufig auch nach Deutschland führten, legten übrigens die Grundlage dafür, dass Putin heute (nach glaubhaften Recherchen) einer der reichsten Männer Russlands ist.

2. Nachdem Putin im August 1999 von Präsident Jelzin zum Ministerpräsidenten Russlands ernannt worden war, holte er Medvedev, der bis dahin als Dozent für Zivilrecht an der Juristischen Fakultät der Petersburger Staatsuniversität gearbeitet und sich nebenher sehr aktiv als Unternehmer betätigt hatte, nach Moskau und machte ihn zum stellvertretenden Chef des Apparates der Regierung. Dort war er nur wenige Wochen, denn als Putin wegen des Rücktritts Jelzins vom Präsidentenamt am 1. Januar 2000 Interimspräsident geworden war, ernannte er Medvedev zum Chef seines Wahlkampfstabes für die vorgezogenen Präsidentenwahlen am 24. März 2000.

Diese Karriereschritte Medvedevs legen zwei Schlussfolgerungen nahe:

- (1) hat sich Medvedev aus Putins Sicht als fähiger Jurist und Organisator erwiesen und
- (2) glaubte Putin offensichtlich, sich völlig auf die persönliche Loyalität Medvedevs verlassen zu können.

So war es kein Wunder, dass Medvedev kurz nach Putins Amtsantritt als Staatspräsident zum stellvertretenden Chef der Administration des Präsidenten aufrückte und wenig später, gleichsam in Personalunion, auch noch Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom wurde.

Die Spitzenstellung bei Gazprom brachte Medvedev mit der Zeit in einen Interessengegensatz zu dem Flügel der Siloviki in Putins Mannschaft. Deren informeller Sprecher war und ist Igor´ Sečín, der an der Spitze des staatlichen Erdölkonzerns RosNeft´ steht. Sečín setzte 2003 die Inhaftierung Michail Chodorkovskijs, die Zerschlagung des JUKOS-Konzerns und die Übernahme seiner lukrativsten Teile durch RosNeft´ durch¹².

¹¹ Kryschtanowskaja, Olga: Anatomie der russischen Elite. Die Militarisierung Russlands unter Putin, Köln 2005; Fel´štinskij, Jurij/Pribylovskij, Vladimir: Korporacija. Rossija i KGB vo vremena prezidenta Putina [Die Korporation. Russland und der KGB in der Zeit des Präsidenten Putin], Moskau 2010, S. 65 ff.

¹² Siehe die ausführliche Biographie Igor´ Sečins unter: <http://lenta.ru/lib/14160890>; zum JUKOS-Fall siehe Panjuschkin, Waleri: Michail Chodorkowski. Vom JUKOS-Chefsessel ins sibirische Arbeitslager, München 2006; Mommsen/ Nußberger, Das System Putin (Anm. 7), S. 129 ff.

Im Herbst 2003 stieg Medvedev zum Chef der Präsidialadministration auf. Er war damit der mächtigste Politiker Russlands nach Putin. Machtpolitisch betrachtet, repräsentierte er zugleich den zivilen, tendenziell liberal gestimmten Flügel in der Mannschaft des Präsidenten. (Sečín blieb einer der beiden Stellvertreter Medvedevs.)

Im Spätherbst 2005 traf Putin Personalentscheidungen, die von den meisten Beobachtern sofort als eine vorbereitende Maßnahme zur Regelung seiner Nachfolge im Präsidentenamt interpretiert wurden. Medvedev wurde damals als Chef der Präsidialadministration abgelöst, von Putin zum Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt und als solcher mit der Leitung der demonstrativ herausgestellten und propagierten „Vorrangigen nationalen [Reform-] Projekte“ beauftragt: Bildung, Gesundheitswesen, Landwirtschaft, Wohnungsbau und Bevölkerungsentwicklung (Demographie)¹³. Es handelt sich durchweg um Politikbereiche, die zwar für die Masse der Bevölkerung allergrößte Bedeutung haben, sich aber aus mannigfachen Gründen – schon seit der Sowjetzeit – in einem beklagenswerten Zustand befanden, und zwar insbesondere wegen der Unfähigkeit der Fachverwaltungen und ihrer Leiter, wegen der chronischen Unterfinanzierung und wegen eines hierzulande unvorstellbaren Ausmaßes an Willkür, Regellosigkeit und Korruption.

An demselben Tage ernannte Putin – optisch als politisches Gegengewicht – einen der fähigsten Vertreter der Siloviki-Fraktion, den Verteidigungsminister Sergej Ivanov¹⁴, ebenfalls zu einem stellvertretenden Ministerpräsidenten (allerdings nur zu einem einfachen, nicht einem „Ersten“), mit der Maßgabe, im Rahmen der Regierung den gesamten Block der Sicherheitsressorts zu leiten. Ein gutes Jahr darauf wurde auch Ivanov zu einem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt, zog also mit Medvedev gleich.

Ivanov und Medvedev galten nun als die von Putin favorisierten Kandidaten für seine Nachfolge und wurden von den Medien dementsprechend mit einer bis an Lächerlichkeit grenzenden Parität behandelt¹⁵. Allerdings konnte man Ivanov nun politisch für etwas stärker und aussichtsreicher als Medvedev halten, weil er die spezifisch präsidentiellen Sicherheitsressorts im Portefeuille hatte, wäh-

¹³ Medvedev, Dmitrij: Nacional'nye priority. Stat'i i vystuplenija [Nationale Prioritäten. Aufsätze und Auftritte], Moskau 2008.

¹⁴ Zu diesem siehe Muchin, Pitserskoe Okruženie prezidenta [Die Petersburger Umgebung des Präsidenten] – Anm. 8 – S. 82 f.

¹⁵ Ausgewertet hat der Verfasser insofern die Zeitungen „Kommersant“ und „Nezavisimaja gazeta“ vom Februar bis November 2007. Viele Beobachter sahen im Frühjahr 2007 in Sergej Ivanov wegen seiner quasi-präsidentialen Zuständigkeiten den Nachfolger. Siehe dazu etwa den Leitartikel in der Nezavisimaja gazeta vom 20.4.2007, S. 2 („Vybor sdelan. Kažetsja – Die Wahl ist erfolgt. So scheint es.“).

rend sich Medvedev, wie sich schnell zeigte, erfolglos mit der Administrierung der nationalen Projekte abmühte und daher eher enttäuschen musste.

Es kam dann allerdings ganz anders als viele erwartet hatten: nicht Sergej Ivanov, sondern Dmitrij Medvedev wurde von Putin am 10. Dezember, also kurz nach den Duma-Wahlen vom 2. Dezember 2007, als Nachfolgekandidat benannt und wenig später von den in der Staatsduma vertretenen politischen Parteien, mit Ausnahme der KPRF, förmlich zu ihrem gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen am 2. März 2008 nominiert¹⁶.

Der Überblick über die enge Zusammenarbeit Putins mit Medvedev führt zu folgenden Schlussfolgerungen:

1. sämtliche Positionen auf der Karriereleiter seit seiner Promotion hat Medvedev allein Wladimir Putin zu verdanken.
2. Putin war immer Medvedevs Vorgesetzter, Medvedev immer Putins Untergebener.
3. Medvedev hat seinen Aufstieg zum Präsidenten nicht irgendwelchen eigenen administrativen und politischen Verdiensten zu verdanken. Gerade die Arbeit an den nationalen Reformprojekten, das wusste man schon lange vor seiner Nominierung zum Nachfolger Putins und wird inzwischen in der Presse ganz offen diskutiert, haben sich als ein gewaltiger und überaus teurer Fehlschlag erwiesen¹⁷. Die betreffenden Lebensbereiche sind nicht wirklich reformiert worden. Die Milliarden Rubel, die in die Projekte gepumpt wurden, sind verpufft und haben die in jenen Bereichen ohnehin schon enorme Korruption noch mehr erhöht.
4. Die unbedingte Loyalität gegenüber Putin, welche Medvedev schon 2003 nachgesagt wurde, hatte Putin bis 2007 zweifellos so sorgfältig und umfassend prüfen können, dass er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausschließen konnte, sich in Medvedev getäuscht zu haben. Die Wahrscheinlichkeit eines Irrtums war und ist auch deswegen gering, weil Putin aufgrund seiner KGB-Ausbildung und seiner Spionagepraxis um seines beruflichen Erfolges

¹⁶ Nezavisimaja gazeta vom 11.12.2007, S. 1/3. Gleich am Tage darauf trug Medvedev Putin (für den Fall seiner Wahl zum Präsidenten) das Amt des Ministerpräsidenten an. Nezavisimaja gazeta vom 12.12.2007, S. 1; Kommersant vom 12.12.2007, S. 1–3.

¹⁷ Diese Einschätzung beruht auf der laufenden Lektüre der seriösen russischen Tages- und Wochenpresse („Kommersant“, „Vedomosti“, „Nezavisimaja gazeta“, „Novaja gazeta“, „Itogi“) für den in Bezug auf den Präsidentenkandidaten Medvedev relevanten Zeitraum 2006–2008. Siehe Baškatoва, Anastasija/Vedenskaja, Alisa: Zabytye nacproekty [Die vergessenen nationalen Projekte], in: Kommersant vom 29.12.2009, S. 1/4; Samarina, Aleksandra: Bol'shaja igra tandemа [Das große Spiel des Tandems], in: Nezavisimaja gazeta vom 29.6.2009, S. 1/3.

und seiner persönlichen Sicherheit willen auf die realistische persönliche, charakterliche Einschätzung der Menschen, mit denen er arbeitete, besonders angewiesen war¹⁸. Dass Putin über diese Fähigkeit in hohem Maße verfügt, ist ihm von außenstehenden Personen vielfach attestiert worden.

III.

Putin hat sich aber nicht allein auf seine Menschenkenntnis und seine Erfahrungen mit Medvedev verlassen, sondern sich durch eine Reihe von politischen Maßnahmen gegen den Fall abgesichert, dass Medvedev ein „zu großes“, „ungesundes“ Gefallen am Präsidentenamt finden und versuchen sollte, ihn, Putin, von den Schalthebeln der Macht zu verdrängen oder, um im Bild zu bleiben, den Vordersitz auf dem Tandem einzunehmen oder ihn vom Sattel zu stoßen.

Insgesamt laufen Putins Maßnahmen darauf hinaus, seine Führungsstellung trotz Verlust des Präsidentenamtes zu erhalten. Man kann die Maßnahmen in einem Katalog von neun (9) Punkten zusammenfassen:

1. hat Putin zur allgemeinen Überraschung bei den Duma-Wahlen vom 2. Dezember 2007 auf Platz 1 der Liste der Kreml-Partei „Einheitliches Russland“ kandidiert und mit dem gesamten Propagandaapparat die Parlamentswahl zu einer Vertrauensabstimmung und Plebiszit der Wähler über Vladimir Putin als „nationalen Führer“ Russlands umfunktioniert¹⁹. Es focht ihn nicht an, dass nach dem Geist der Verfassung kein anderer als der mächtige Staatspräsident jenen Titel beanspruchen könnte, dass er seine Kampagne als amtierender Staatspräsident und mit den Mitteln seines Amtes durchführte und dass er nicht einmal Mitglied der Kreml-Partei war²⁰.

¹⁸ Zu Putins Biographie und Karriere siehe insbesondere Rahr, Alexander: Vladimir Putin. Der „Deutsche“ im Kreml, München 2000, S. 42 ff.; Ot pervogo lica. Razgovory s Vladimirom Putinyim [Aus erster Hand. Gespräche mit Vladimir Putin] Moskau 2000; Felš'tinskij, Jurij/ Pribylovskij, Vladimir: Korporacija. Rossija i KGB vo vremena Prezidenta Putina [Die Korporation. Russland und der KGB in der Zeit des Präsidenten Putin], S. 65 ff.; Borcov, Jurij Sergeevič: Vladimir Putin, Moskau 2001.

¹⁹ Ivanov, Vitalij: Partija Putina. Istorija „Edinnoj Rossii“ [Die Partei Putins. Die Geschichte von „Einheitliches Russland“], Moskau 2008, S. 207 ff. („Triumph-2007“).

²⁰ Zwar kann auch ein Parteiloser auf einer Parteiliste zur Duma kandidieren (Art. 7 Abs. 3, Art. 37 DumawahlG 2005), aber wenn er ein „staatliches oder kommunales Amt inne hat“, darf er 1. die Vorrechte seines Amtes nicht während des Wahlkampfes ausnutzen“, und 2. wird er bis zur Wahl „von der Erfüllung seiner Amtspflichten befreit“ (Art. 46 Abs. 1 und 2). Eine stärkere Form der Ausnutzung des Staatsamtes zur Parteiwerbung als die Übernahme des Spitzenplatzes einer Parteiliste dürfte kaum möglich sein! Im Übrigen hat Putin seine Amtsbefugnisse nicht ruhen lassen, sondern sie weiter ausgeübt, weil er von vornherein gar nicht die Absicht hatte (und wegen des Tandem-Planes auch gar nicht die Absicht haben konnte!), in die Legislative hinüberzuwechseln und das ihm sichere Abgeordnetenmandat anzutreten.

Putins Rechnung ging aber auf: auf die Liste der Partei „Einheitliches Russland“ entfielen fast zwei Drittel der Wählerstimmen (64, 1%). Zusammen mit den Stimmen der ihn ebenfalls als „nationalen Führer“ unterstützenden weiteren Duma-Parteien konnte und kann Putin sich sogar auf eine Zustimmung von drei Vierteln der Wähler berufen²¹.

2. verzichtete die Kreml-Partei auf ein eigenes Wahlprogramm und propagierte stattdessen den sogenannten „Plan Putins“ als ihr nationales Regierungsprogramm²². Der Plan wurde von Putin kurz darauf unter die Überschrift „Russland 2020“ gestellt und von Medvedev als politische Richtschnur seiner Präsidentschaft anerkannt²³. Er ordnete sich damit von vornherein den politischen Zielvorgaben Putins als „nationalem Führer“ unter.

3. übernahm Putin am 14. April 2008, d.h. als noch amtierender Staatspräsident, den Vorsitz der Kreml-Partei „Einheitliches Russland“, die in ihrer Mitgliedschaft alle wichtigen Entscheidungsträger des Staates und teilweise auch der Wirtschaft vereint²⁴. Da Putin auch jetzt noch parteilos bleiben wollte, offensichtlich deswegen, weil er nicht mit dieser ziemlich unpopulären „Partei der Macht“ in einen Topf geworfen werden wollte, änderte die Partei kurzerhand, ohne Diskussion, entsprechend ihr Statut²⁵.

²¹ Aseev, Marat: Absolutnaja pobeda [Absoluter Sieg], in: Nezavisimaja gazeta vom 4.12.2007, S. 1/4; Kommersant vom 4.12.2007, S. 1–4.

²² Siehe das Stichwort „Plan Putina“ (mit zahlreichen Quellennachweisen) unter <http://ru.wikipedia.org/wiki>.

²³ Rossija 2020. Glavnye zadatci razvitiija strany [Russland 2020. Hauptaufgaben der Entwicklung des Landes], Moskau 2008.

²⁴ Ivanov, Vitalij: Partija Putina. Istorija „Edinnoj Rossii“ [Die Partei Putins. Die Geschichte von „Einheitliches Russland“], Moskau 2008.

²⁵ Text des Statuts auf der Homepage der Partei: <http://er.ru/rubr.shtml?110102>. Die Wahl eines Nichtparteimitgliedes zum Vorsitzenden einer Partei ist schon per se absurd. Das Vorgehen von „Edinnaja Rossija“ verstieß denn auch nicht nur gegen den Geist, sondern auch gegen die Buchstaben der Verfassung Russlands und des Parteiengesetzes. Darüber hinaus war aber auch das Verfahren, in welchem Putin gewählt wurde, rechtswidrig, denn die Wahl erfolgte auf Grund einer unwirksamen Bestimmung des ER-Parteistatuts. Das Amt eines „Vorsitzenden“ (predsedatel') der Partei ist erst am 14.4.2008 durch Satzungsänderung geschaffen worden (Abschnitt 7, Punkte 7.1. bis 7.1.9). Gemäß Art. 15 I, 2 ParteienG dürfen Parteien ihre Tätigkeit uneingeschränkt erst „vom Moment der staatlichen Registrierung“ aufnehmen. Das gilt auch für Satzungsänderungen mit der Maßgabe, dass „sie juristische Kraft vom Moment einer solchen Registrierung an erlangen“ (Art. 21 IV i. V. m. Art. 15 I, 2). Zuständig für die Registrierung ist die Registrierbehörde Russlands (RosRegistracija) im Geschäftsbereich des föderalen Justizministeriums (Art. 15 I, 1 mit Verweisung). Eine Registrierung der Satzungsänderung war vor der Wahl nicht erfolgt. Den Antrag dazu hatte die ER-Führung nicht gestellt; ihr hätte auch die Zeit dazu gefehlt, denn die Satzungsänderung geschah am 14.4. gegen Abend, Putins Wahl aber war schon am folgenden Vormittag, zu einer Zeit, als die Registrierbehörde noch geschlossen hatte (sie war am 15.4. erst nachmittags, von 14–17 Uhr, geöffnet). Eine nachträgliche Heilung des Verfahrensmangels ist gesetzlich nicht vorgesehen. Novaja gazeta 2008, Nr. 27 (17.–20.4.), S. 2/3.

Als Parteivorsitzender hat Putin quasi diktatorische Vollmachten: er führt den Vorsitz in allen Führungsgremien, bestimmt allein deren Tagesordnungen, hat das exklusive Vorschlagsrecht für alle Führungspositionen in der Partei, kann nach Belieben die Befugnisse der Mitglieder aller Führungsgremien suspendieren und die Beschlüsse der Organe aussetzen²⁶.

4. ist Putins Machtstellung als Parteidiktator im Blick auf die Parlamentskammern – also die Staatsduma und den Föderationsrat – höchst bedeutsam, weil die Kreml-Partei zusammen mit ihren beiden Trabantenparteien LDPR und „Gerechtes Russland“ in den Kammern nicht nur über die absolute Mehrheit, sondern sogar über die verfassungsändernden Mehrheiten (2/3 in der Duma; 3/4 im Föderationsrat – Art. 136 i. V. m. Art. 108 Abs. 2 Verfassung Russlands) verfügt. Da die Kreml-Partei aber auch in den Regionalparlamenten inzwischen über die erforderlichen Mehrheiten verfügt, welche für die Zustimmung zur Änderung der Föderationsverfassung erforderlich sind²⁷, könnte Putin notfalls auch die Machtbefugnisse des Staatspräsidenten beschneiden.

5. Da der Föderationsrat das Recht hat, alle Richter der Obersten Gerichte, unter Einschluss des Verfassungsgerichts (Art. 102 Abs. 1 lit. g. der Verfassung), und auch den Generalstaatsanwalt (Art. 102 Abs. 1 lit. h.) zu ernennen, kann Putin über die Kreml-Partei entscheidenden Einfluss auch auf die Spitzen der Justiz Russlands nehmen. Zwar hat insofern der Staatspräsident, also Medvedev, bei der Besetzung jener Stellen das alleinige Vorschlagsrecht für die Kandidaten, aber es wird durch die Vetomacht des Föderationsrates praktisch entwertet.

6. Dadurch, dass die Kreml-Partei inzwischen auch in den Regionalparlamenten über die Mehrheit verfügt, hat sie das alleinige Nominierungsrecht für die Posten der regionalen Exekutivchefs, also der Gouverneure, der Präsidenten der nicht-russisch titulierten nationalen Republiken und der Bürgermeister Moskaus und Sankt Petersburgs. Zwar hat der Staatspräsident nach wie vor das Vorschlagsrecht²⁸, aber es ist auch hier weitgehend entwertet, weil letztlich das Regionalparlament, tatsächlich also die regionale Fraktion von „Einheitliches Russland“, kraft ihrer Mehrheit über die Wahl des regionalen Exekutivchefs entscheidet.

7. hat Putin noch bis in die letzten Tage seiner Amtszeit Personalentscheidungen getroffen, durch welche er alle wichtigen Positionen in der Staatsführung und bei den großen Staatsunternehmen mit Leuten seines Vertrauens besetzt hat.

²⁶ Vgl. Art. 7 des Parteistatuts. Text auf der Homepage der Partei (Anm. 25).

²⁷ Art. 136 der Verfassung Russlands.

²⁸ Art. 18 Abs. 2 des Gesetzes über die allgemeinen Organisationsprinzipien der Gesetzgebungs-(Vertretungs-) und Exekutivorgane der Staatsgewalt der Subjekte der Russländischen Föderation vom 6.10.1999 (in der aktuell geltenden Fassung).

8. Auch gegen den Fall, dass der Staatspräsident Medvedev kraft seiner verfassungsmäßigen Befugnis den Ministerpräsidenten Putin aus dem Amt entlässt (Art. 117 Abs. 2), wäre dieser hinreichend abgesichert. Denn für die Ernennung eines neuen Ministerpräsidenten bedürfte der Staatspräsident der Zustimmung der Duma. Der Staatspräsident könnte die Duma allerdings auflösen und Neuwahlen anberaumen, wenn die Duma ihre Zustimmung drei Mal versagt, und an dem im Parlament durchgefallenen Ministerpräsidenten gleichwohl festhalten (Art. 109 i. V. m. Art. 111 Abs. 4 Verfassung). Ein solcher Schritt Medvedevs gegen die von Putin als dem „nationalen Führer“ Russlands gesteuerte Kreml-Partei und deren Duma-Fraktion käme freilich einer Revolution gleich und wäre daher äußerst unwahrscheinlich.

Bei ihrer starken Verankerung in der zentralen und regionalen Bürokratie brauchte die Partei „Einheitliches Russland“ Neuwahlen im Übrigen kaum zu fürchten. Sie würde wohl mit hoher Mehrheit in die Duma zurückkehren und könnte die Politik Medvedevs, wenn er dann noch Präsident wäre, weiterblockieren.

9. Als letztes, äußerstes Mittel gegen einen widerspenstigen Präsidenten Medvedev könnte Putin mit Hilfe der Duma-Fraktion der Kreml-Partei schließlich das Amtsenthebungsverfahren gegen den Staatspräsidenten in Gang setzen (Art. 93 Verfassung). Zwar sind in das Verfahren hohe Hürden eingebaut, da auch das Oberste Gericht und das Verfassungsgericht Russlands daran mitwirken müssen, aber da die Kreml-Partei über die in der Staatsduma und im Föderationsrat für die Absetzung jeweils erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit verfügt, würde sie mit eventuellen Widerständen aus den beiden Gerichten nach aller Erfahrung leicht fertig werden²⁹.

Man kann daher zusammenfassend feststellen, dass Putin als Vorsitzender der Partei „Einheitliches Russland“ mit dem Image eines „nationalen Führers“ und als Ministerpräsident so viele und starke politische und verfassungsrechtliche Machthebel in seinen Händen hält, dass Medvedev sich selbst dann, wenn er es ernstlich versuchen sollte, in dem dann unvermeidlich ausbrechenden Machtkampf gegen Putin nicht durchsetzen könnte. Putin hat also genügend vorgesorgt.

²⁹ Sowohl das Oberste Gericht als auch das Verfassungsgericht Russlands haben schon seit Beginn der Ära 'Putin' mögliche Konflikte mit der Präsidialexekutive ängstlich vermieden. In Bezug auf das Oberste Gericht hatte der Strafprozess gegen Chodorkovskij und Lebedev (2005), in Bezug auf das Verfassungsgericht der Streit über die Verfassungsmäßigkeit der Ernennung der regionalen Exekutivchefs durch den Staatspräsidenten (2005) jeweils Schlüsselbedeutung mit starken Signalwirkungen.

IV.

Kommen wir aber zurück zu der Hypothese einer Cohabitation à la russe und schauen wir nun auf *Dmitrij Medvedev*. Bei ihm stellt sich die Frage, ob es überhaupt Anzeichen dafür gibt, dass er das Machtverhältnis zwischen sich und Putin umkehren möchte? Will er tatsächlich den Vordersitz auf dem Tandem einnehmen?

Natürlich habe ich Medvedev nicht danach fragen können, aber erstens wäre das die berühmte 'dumme Frage', auf die man eine belanglose Antwort bekommen würde, und zweitens braucht man sie gar nicht zu stellen, denn aus der inzwischen 1 3/4 Jahre währenden Präsidentschaft Medvedevs, welche die längste Zeit von so bedeutenden und zugleich überraschenden Ereignissen wie dem Georgienkrieg im August 2008³⁰ und der sich unmittelbar anschließenden Wirtschafts- und Finanzkrise³¹ überschattet war und das Tandem folglich vor besonders große Herausforderungen stellte, muss man den Schluss ziehen, dass Medvedev sich bis zum heutigen Tage an die Absprachen hält, die Putin mit ihm bei der politischen Weichenstellung vor den Duma-Wahlen vom Dezember 2007 getroffen hat³², an Absprachen über ihre Macht- und die Rollenverteilung im Tandem.

Naturgemäß haben die beiden darüber nichts Offizielles verlauten lassen. Aber indirekt kann man aus dem bisherigen Agieren und dem Kurs des Tandems einige Rückschlüsse ziehen. Das will ich in dem folgenden, letzten Teil meines Vortrages machen. Aus naheliegenden Gründen muss ich mich auch hier auf eine skizzenhafte Beschreibung von Indizien beschränken.

1. Die wichtigste Tatsache ist wohl die, dass Medvedev bis zum heutigen Tage nicht daran gegangen ist, es jedenfalls aber nicht geschafft hat, sich eine eigene personelle Machtbasis, eine Hausmacht, zu schaffen³³. Er arbeitet vielmehr nach

³⁰ Der Kaukasuskrieg 2008. Ein regionaler Konflikt mit internationalen Folgen, Hamburger Informationen (IFSH) 2008, Nr. 45; Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Die Kaukasus-Krise, SWP-Studie S 25, Berlin 2008 (September); Bungarten, Pia/ Buhbe, Matthes (Hrsg.): Krieg um Südossetien, Berlin 2008 (FES-Internationale Politikanalyse).

³¹ Zur Krise und ihren möglichen Auswirkungen auf das Tandem siehe die Diskussion am „Runden Tisch“ der „Nezavisimaja gazeta“, in: NG-Politik 2009, Nr. 1 (20.1.), S. 11–15 (G. Pavlovskij; A. Malašenko; E. Minčenko; E. Gontmacher; D. Orlov; N. Petrov; M. Vinogradov; A. Budberg; A. Demidov).

³² Dass eine solche Abmachung existiert, ergibt sich schon aus dem Zwang der Entscheidungssituation, in der Präsident Putin am Ende seiner zweiten Amtszeit, im Herbst 2007, stand. Die Politbeobachter in Russland gehen daher – zu Recht – ganz selbstverständlich von ihrer Existenz aus. Siehe nur Remčukov, Konstantin: Komanda prezidenta [Die Mannschaft des Präsidenten], in: NG-Politika [Beilage zur „Nezavisimaja gazeta“] 2009, Nr. 9 (2.6.), S. 11.

³³ Dies belegt die glänzende Analyse von Petrov, Nikolaj (Carnegie-Center Moskau): Neravnyj brak [Ungleiche Ehe], in: NG-Politika 2009, Nr. 4 (3.3.), S. 9/11.

wie vor in und mit einem Team von Spitzenfunktionären, die ihre Ämter – ebenso wie er selbst – ausschließlich Putin zu verdanken haben, daher loyal zu ihm stehen und in Putin ihren eigentlichen Chef sehen. Zu einem beträchtlichen Teil sind diese Personen mit Putin aus der Präsidialadministration in die Regierung hinübergewechselt³⁴. Gleichwohl sind die Spitzenpositionen in der Präsidialadministration weiterhin mit erprobten Vertrauensleuten Putins besetzt³⁵.

Es ist offenkundig, dass Medvedev personelle Umbesetzungen in der Präsidialadministration nur vornehmen kann, wenn Putin einverstanden ist. Im Sommer 2009 gab es starke Anzeichen dafür, dass Medvedev den Chef der Administration, Sergej Naryškin, durch den ihm nahestehenden Justizminister Aleksandr Kononov ersetzen wollte. Naryškin ist noch immer im Amt³⁶.

2. Unter einem Zustimmungsvorbehalt des Ministerpräsidenten, also Putins, stehen anscheinend auch Personalentscheidungen des Staatspräsidenten hinsichtlich der höchsten Gerichte und der Generalstaatsanwaltschaft, der Zentralbank und weiterer Zentralbehörden.

3. Die seit Präsident Jelzin als ungeschriebenes Gesetz geltende und auch eingehaltene Regel, dass der Staatspräsident die machtpolitisch wichtigsten Felder der Außen- und der Sicherheitspolitik sowie der Innen- und Finanzpolitik bestellt und ihre Ressorts besetzt, der Ministerpräsident und sein Kabinett hingegen die zahlreichen Felder der Fachpolitik, d.h. Wirtschaft, Verkehr, Umwelt, Energie, Soziales, Gesundheit, Bildung usw., ist in der Tandemdemokratie zugunsten vor allem des Ministerpräsidenten offensichtlich außer Kraft gesetzt³⁷. Das zeigte sich besonders auffällig während des Georgienkrieges im August 2008, von dessen Ausbruch Putin in Peking bei der Eröffnung der Olympischen Sommerspiele überrascht wurde³⁸. Er flog sofort in den Nordkaukasus, und erst jetzt kam die russische Gegenoffensive in Fahrt. Obwohl

³⁴ Hosp, Gerald: Neue russische Regierung mit alten Kräften aus dem Kreml, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 13.5.2008, S. 3; Vesper, Reinhard: Der Präsident und sein Beschützer. Medwedjew und Putin sind nicht zwangsläufig Konkurrenten, in: FAZ vom 21.5.2008, S. 12.

³⁵ Unter anderen mit Sergej Naryškin als Chef der Administration seit dem 12.5.2008 (zu ihm <http://ru.wikipedia.org/wiki/>) und Vladislav Surkov als dessen Stellvertreter (zu ihm <http://ru.wikipedia.org/wiki/%>) wird die Administration von Putin ergebenden Funktionären vollständig kontrolliert.

³⁶ Die Feststellung gilt auch noch heute, ein Jahr später im Januar 2011!

³⁷ Ackeret, Markus: Putin in der Rolle des russischen Präsidenten. Der Ministerpräsident äußert sich zur Sicherheitspolitik des Landes, in: NZZ vom 26.11.2008, S. 3.

³⁸ Osetinskaja tragedija. Belaja kniga prestuplenij protiv Južnoj Osetii avgust 2008 goda [Die Ossetische Tragödie. Weißbuch der Verbrechen gegen Südossetien im August 2008], Moskau 2008, S. 216ff.

Medvedev als Staatspräsident Oberkommandierender der Streitkräfte ist (Art. 87 Abs. 1 Verfassung), trat er während des Krieges in dieser Funktion nicht in Erscheinung.

In der Außen- und Außenwirtschaftspolitik, bislang typische Domänen des Staatspräsidenten, pflegen Putin und Medvedev eine gewisse Arbeitsteilung. Während Medvedev die üblichen Repräsentationsaufgaben des Staatsoberhauptes in den bilateralen und multilateralen internationalen Beziehungen Russlands erfüllt, konzentriert sich Putin auf die Außenwirtschaftspolitik. Die Verantwortung für die Energiewirtschaftsbeziehungen Russlands hat er offensichtlich völlig an sich gezogen³⁹.

Bei der Bearbeitung der auswärtigen Beziehungen ist der Abstimmungsbedarf im Tandem besonders groß, weil Putin und Medvedev im Ausland fast immer getrennt voneinander auftreten. Offensichtlich wollen beide vermeiden, dass wegen der Dominanz Putins die politische Autorität Medvedevs bei seinen auswärtigen Gesprächspartnern Schaden nimmt⁴⁰. Dennoch ist es in der Außenpolitik zwischen ihnen bislang nicht zu ernststen oder gar gefährlichen Friktionen gekommen. Man darf daraus schließen, dass in der Außen- und Sicherheitspolitik ein hoher Konsens im Tandem besteht. Meinungsverschiedenheiten haben sich, soweit erkennbar, zwischen ihnen in der Frage eines Beitritts Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) gezeigt: Während Putin den gemeinsamen WTO-Beitritt Russlands, Kasachstans und Weißrusslands wegen ihrer jüngst gegründeten Zollunion wünscht, sprach sich Medvedev für die Beschreitung des üblichen Verfahrens, nämlich für getrennte, individuelle Beitrittsverhandlungen aus⁴¹.

4. Einige machtpolitisch weniger wichtige Politikbereiche scheint Putin Medvedev überlassen zu haben. Es sind vor allem stark juristisch geprägte Materien wie das Gerichtswesen und die Justiz, die Rechtspolitik auf den Gebieten des Zivilrechts und des Wirtschaftsrechts unter Einschluss des Internationalen Wirtschaftsrechts, ferner des Straf-, Strafprozess- und Strafvollzugsrechts, Teilgebiete des Verwaltungsrechts und ferner Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung, für deren Intensivierung sich Medvedev schon gleich nach seiner Amtsübernahme mit ganz besonderem Nachdruck einzusetzen begann⁴².

³⁹ Das gilt namentlich für die Pipelineprojekte für Gas aus der Barentssee nach Greifswald („Nordstream“) und für die Leitung vom Nordkaukasus durch das Schwarze Meer nach Bulgarien („Southstream“), die nach russischer Vorstellung das „Nabucco-Projekt“ der EU verhindern bzw. de facto ersetzen soll.

⁴⁰ Daran hat sich 2010 nichts geändert.

⁴¹ Da die WTO entsprechend ihren Regularien Mitglieder nur in bilateralen Verhandlungen aufnimmt, hat der Streit inzwischen seine Bedeutung verloren.

⁴² Wie in den späteren Ausführungen im **Nachtrag** zu dem Vortrag gezeigt wird, ist der von Medvedev auf rechtspolitischem Gebiet gesteuerte Kurs widersprüchlich und unübersichtlich. Er entzieht sich daher einer einheitlichen Bewertung.

5. Putin kümmert sich als Regierungschef, wie es der sowjetisch-russischen Regierungstradition auch entspricht, sehr intensiv um Wirtschaft und Soziales. Medvedev hingegen ist hier kaum präsent. Eine Ausnahme gilt aber für die mittelfristig und strategisch angelegte Technologiepolitik⁴³.

6. In der Innen- sowie in der Wirtschafts- und Technologiepolitik haben Putin und Medvedev noch vor dem Amtswechsel in programmatischen, zukunftsweisenden Reden bewusst unterschiedliche Akzente gesetzt. Putin hat es dabei Medvedev überlassen, ausführlich und mit großem Nachdruck von Staat und Gesellschaft, von den politischen Parteien, Unternehmen und Bürgern große Anstrengungen zur Modernisierung des Landes zu fordern. Medvedev hat dieses Anliegen bei seinem Auftritt auf dem V. Wirtschaftsforum in der sibirischen Stadt Krasnojarsk 14 Tage vor dem Termin der Präsidentenwahlen am 15. Februar 2008 auf die Schlagworte Innovation, Infrastruktur, Investitionen, Informatisierung und Institutionen gebracht⁴⁴. Auffällig ist, dass er sich die Modernisierung Russlands im Wesentlichen als eine technologische Umrüstung und Rundumerneuerung aller Bereiche vorstellt, – der Wirtschaft, Staatsverwaltung, Justiz, des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Kommunikation usw. Die Institutionen des politischen Systems werden nur am Rande erwähnt. Sie spielen in dem Modernisierungskonzept nur eine Nebenrolle⁴⁵.

Unausgesprochen scheint Medvedev erstens der Überzeugung zu sein, man könne Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sektoral begrenzt, auch ohne eine Einbeziehung der politischen Institutionen, modernisieren, und möglicherweise zweitens die Hoffnung zu hegen, durch die inaugurierten technologischen Innovationen würden indirekt auch persönliche und wirtschaftliche Freiheit der Bürger, demokratische Mitbestimmung und eine lebendige und kraftvolle Zivilgesellschaft automatisch gefördert.

Putin betont zwar ebenfalls und durchaus mit großem Nachdruck die Notwendigkeit innovativer Veränderungen in der Wirtschaft, in der Staatsverwaltung

⁴³ Herausragende Bedeutung hat Medvedev auf diesem Politikfeld dem Projekt „Skol'kovo“, am Stadtrand Moskaus gelegen, eingeräumt, das nach seinen Vorstellungen einmal die Rolle eines russischen „Silicon-Valley“ spielen soll. Nach der Konzeption soll es ein Ort werden, wo kraft mannigfacher Privilegien optimale Rahmenbedingungen für wissenschaftliche und wirtschaftliche Innovationen entstehen sollen. Näheres unter http://de.wikipedia.org/wiki/Innovationszentrum_Skolkowo.

⁴⁴ Der Text seiner programmatischen Rede, der einzigen während des „Wahlkampfes“, ist unter <http://newslab.ru/news/254283> zu finden.

⁴⁵ Noch ausgeprägter Vladislav Surkov, stellvertretender Chef der Administration des Präsidenten (mit Zuständigkeit für die politische Kontrolle und operative Steuerung sämtlicher nichtstaatlichen Organisationen des Landes) und Putins ideologischer Aufpasser an Medvedevs Seite; siehe: das Interview mit Surkov unter „Obnovljajtes', gospoda!“ [Erneuert Euch, meine Herren!], in: Itogi (Moskau) 2009, Nr. 44 (26.10.), S. 14/15.

und in der Gesellschaft, aber er will den Innovationsschub vor allem durch eine wirkungsvollere Nutzung der in Russland bereits vorhandenen Potentiale und Ressourcen unter Einschluss der Finanzmittel bewirken, durch besser und bedarfsgerecht ausgebildete Arbeitskräfte, durch moderne Methoden der Unternehmensführung, mehr Entfaltungsfreiheit für Kleine und Mittlere Unternehmen, eine höhere Zufriedenstellung und Motivation der Belegschaften, Reduktion von Bürokratie, Abbau bürokratischer Gängelung und von Zentralismus.

7. Damit wird nun ein gewisses Muster der Arbeitsteilung in der Tandemokratie sichtbar: das Ziel – die Stärkung Russlands durch seine Modernisierung – ist dasselbe, hinsichtlich der einzuschlagenden Wege und auch der Geschwindigkeit bestehen Unterschiede: Putin betont stärker die Kontinuität, Fortschritt unter Wahrung innerer gesellschaftlicher und politischer Stabilität, die durch strikte zentralstaatliche Kontrolle zu gewährleisten ist. Die demokratische und die rechtsstaatliche Dimension spielen in Putins Innovations- und Modernisierungskonzept nur eine marginale Rolle. Medvedev scheint demgegenüber aufgeschlossener dafür zu sein, auch die politischen Dimensionen, wenigstens begrenzt, in die Modernisierungsstrategie einzubeziehen⁴⁶. Jedenfalls hat er in den letzten Monaten und auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise, am 10. September, in einem programmatischen Aufsatz „Rossija – vpered!“ [Russland – Vorwärts!]⁴⁷ die Rückständigkeit Russlands in nahezu jeder Hinsicht – Wirtschaft, Technologie, Staatsverwaltung, politische Institutionen, Mentalität der Bürokraten und der Bevölkerung usw. mit an Radikalität kaum zu überbietenden Formulierungen beschrieben und sogar die Gefahr an die Wand gemalt, das Land könne im Laufe dieses Jahrhunderts den Anschluss an die globale Entwicklung verpassen und in politischer Bedeutungslosigkeit versinken. Den radikalen Attacken hat Medvedev allerdings fast keine konkreten und mutig nach vorn weisenden Vorschläge folgen lassen. Der Anlass, bei welchem man das von ihm erwartete, nämlich die von ihm am 12. November 2009 an beide Kammern des Parlaments gerichtete programmatische jährliche Botschaft (poslanie)⁴⁸, blieb ungenutzt, denn sie enthielt nur kleine, eher nebensächliche und technokratische Verbesserungsvorschläge.

Die Botschaft war eine große Enttäuschung für den erwartungsvoll gestimmten liberaldemokratischen, reformorientierten Flügel der russischen Publizistik und löste eine Welle scharfer, ironischer Kritik an Medvedevs Spagat zwischen schonungsloser Realitätsbeschreibung und seiner Zaghaftheit aus, prakti-

⁴⁶ Dafür sprechen zumindest seine lauten Bekenntnisse zu Freiheit, politischem Wettbewerb zwischen starken Parteien, Zivilgesellschaft.

⁴⁷ Text: <http://www.kremlin.ru/news/5413>.

⁴⁸ Text: <http://www.kremlin.ru/transcripts/5979>.

sche Konsequenzen zu ziehen und dabei das Risiko von Konflikten mit Putin einzugehen⁴⁹.

Die Kritik ist für die im vorliegenden Zusammenhang interessierende Einschätzung des Selbstverständnisses, der Rolle und der Spielräume Medvedevs in der Tandemokratie sehr bedeutsam. Die Kritiker Medvedevs haben einen höchst wichtigen Aspekt, nämlich die Tatsache ausgeblendet, dass die Jahresbotschaft (poslanie) des Präsidenten eine Gemeinschaftsarbeit seiner Administration und der Regierung ist, zwischen ihnen sorgfältig abgestimmt wird und daher ganz wesentlich die Handschrift des Ministerpräsidenten, also Putins, trägt⁵⁰. Daraus folgt, dass Medvedev sich im Ringen um den Inhalt der Jahresbotschaft Putins konservativerem Kurs loyal untergeordnet hat.

8. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Winter 2008/2009 mit voller Wucht auch Russland erfasste und zu seinem Absturz seines Bruttoinlandsprodukts um ca. 9 % führte, hat, zieht man aus den vorausgegangenen Bemerkungen die Schlussfolgerungen, zwei Bruchstellen in der Tandemokratie erkennen lassen: erstens der Streit darüber, ob man die Krise als Ansporn für beschleunigte und weitreichende Reformen begreifen soll, und zweitens die Forderung, das Konzept der Modernisierung auch auf das politische System auszudehnen und insbesondere die freiheits- und demokratiefeindlichen Maßnahmen Präsident Putins, namentlich im Parteienrecht und im Wahlrecht, zurückzunehmen.

Die beiden Positionen bilden die Trennlinie und sind wohl auch zur Kampflinie zwischen zwei Gruppen in den hauptstädtischen Eliten Russlands geworden⁵¹:

⁴⁹ Remčukov, Konstantin (Chefredakteur der Nezavisimaja gazeta): Tekst i podtekst našego vremeni [Text und Paratext unserer Zeit], in: NG-Politika [Beilage zur „Nezavisimaja gazeta“] 2009, Nr. 19 (15.12.), S. 9/11; Petrov, Nikolaj: President novyj, sistema staraja [Der Präsident ist neu, das System das alte], in: NG-Politika 2009, Nr. 19 (15.12.), S. 9/10.

⁵⁰ Bei der Vorbereitung der Poslanie von 2009 hatte die Administration des Präsidenten außerdem noch die in der Staatsduma vertretenen politischen Parteien und Teile der Zivilgesellschaft zur Einbringung von Vorschlägen ermuntert und sie dadurch einbezogen. Inwieweit der Inhalt der „Botschaft“ davon auch tatsächlich beeinflusst wurde, ist naturgemäß von außen nicht feststellbar. Im Unterschied dazu wurde die Poslanie 2010 demonstrativ unter Wahrung von Vertraulichkeit erstellt, was natürlich nicht als Ausschluss einer Beteiligung Putins, seines Kabinetts und einzelner Ressorts, also der sogenannten „Regierung“ Russlands, missverstanden werden darf. Siehe Kommersant vom 29.11.2010, S. 1/2.

⁵¹ Zu den hinter den Exponenten des Tandems stehenden gesellschaftlichen und politischen Kräften und der Frage der Elite(n) siehe die Hinweise unter Anm.11 und Anm. 49 sowie Lilia Schewzowa: Das System: Wie das Tandem Putin-Medvedev einigen wenigen Macht und Reichtum sichert und die Zukunft Russlands verspielt, in: FAZ vom 25.9.2009, S. 7; zur Struktur der Elite (auch) unter Putin siehe Gaman-Golutvina, Oksana Viktorovna: Političeskie élitj Rossii. Vechi istoričeskoj évoljucii [Die politischen Eliten Russlands. Marksteine der geschichtlichen Evolution], Moskau 2006, S. 344 ff.

zwischen den Gewinnern des Putin-Regimes in der Staatsbürokratie und seinen konservativen Stützen, repräsentiert vor allem durch die Siloviki, einerseits und den liberalen Marktwirtschaftlern mit zivilgesellschaftlichen und demokratischen Überzeugungen, repräsentiert durch prominente Wirtschaftsprofessoren, Unternehmer und Manager andererseits. Letztere haben sich im Umkreis von Medvedev formiert. Sie spielen eine wichtige Rolle in einigen Beratungsgremien des Präsidenten und versuchen, ihre Vorstellungen über Medvedev durchzusetzen⁵².

Es läge zwar nahe, wäre aber sachlich unzutreffend, Putin und Medvedev, jeweils als Exponenten der miteinander rivalisierenden Gruppe anzusehen. Beide verstehen sich vielmehr als Integrationsfiguren und Repräsentanten des Putin-Regimes. Sie lavieren daher beide zwischen jenen Gruppen und Flügeln und binden sie dadurch an sich. Putin steht dabei aufgrund seiner sozialen Herkunft und beruflichen Sozialisation den konservativen Siloviki näher, deren Milieu er entstammt und deren Sprache er spricht. Zugleich benutzt er aber Medvedev als liberales Aushängeschild, teils um in Teilen der Elite die Hoffnung auf einen reformerischen Wandel des Regimes zu nähren und lebendig zu halten, teils aber auch, um der konservativen Bürokratie Grenzen aufzuzeigen und die Siloviki in Schach zu halten. Medvedev verbreitert dadurch die sozio-politische Basis des Putin-Regimes in der Gesellschaft und leistet so einen wichtigen Beitrag zu ihrer Integration und Stabilität⁵³.

V.

Medvedevs rückwärtiger Platz auf dem Tandem und seine Loyalität hat sich Putin, wie ich vermute und bereits bemerkt habe, auch noch durch eine feste

⁵² Eine herausragende Rolle spielt hier das Institut für Zeitgemäße Entwicklung (Institut Sovremennogo Razvitija – INSOR; homepage: <http://www.riocenter.ru/ru>), das von Igor Jurgens geleitet wird und dessen Lenkungsausschuss Medvedev persönlich vorsteht. INSOR tritt laufend mit Studien, Berichten, Untersuchungen usw. hervor und mit strategischen Empfehlungen an den Präsidenten heran. Programmatischen, dezidiert politischen Charakter hat die auch in Deutsch veröffentlichte Studie vom März 2010 „Russland im XXI. Jahrhundert: Modell einer wünschenswerten Zukunft“ (Moskau/Berlin); russische Ausgabe: Rossija XXI veka: obraz želaemogo zavtra, Moskau 2010 (mit den vollständigen Materialien der Konferenz).

⁵³ Die Einschätzung, dass die unterschiedliche politische Profilierung der hinter dem Tandem stehenden Elitegruppen Putin durchaus in sein Konzept der dauerhaften Sicherung seines „Systems“ über 2012 hinaus passt, wird vor allem von Lilija Ševcova vertreten. Der Verfasser kommt aufgrund seiner Analysen der Entwicklung zu demselben Ergebnis, denn dieser Deutungsansatz liefert den passendsten Schlüssel zum Verständnis jener Fülle von Widersprüchlichkeiten, die insbesondere den „Kurs“ Medvedevs bislang auszeichnet haben.

Vereinbarung mit Medvedev über ihr Verhalten im Vorfeld der nächsten Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2012 zusätzlich abgesichert. Die Vereinbarung dürfte den Inhalt haben, dass Medvedev nach Ablauf seiner Amtszeit als Präsident abtritt und Putin bei den Wahlen für eine weitere Amtsperiode kandidiert. Sie würde nicht mehr vier (4) Jahre, sondern nach der Verfassungsänderung von 2008 sechs (6) Jahre dauern (Art. 81 Abs. 1 Verfassung). 2012 wäre Putin am Wahltag erst 59 Jahre. Unter dem Gesichtspunkt des Alters könnte es daher sogar durchaus sein, dass er 2018 noch ein weiteres Mal kandidieren würde. Dass Putin bei einer erneuten Kandidatur 2012 gewählt werden würde, wird zumindest heute, so weit erkennbar, von niemand bezweifelt.

Dafür, dass Putin nach Ablauf der Amtszeit Medvedevs eine dritte Amtszeit anstrebt, lässt sich eine Reihe gewichtiger Indizien anführen. Ich sehe mindestens sechs (6):

(1) Die Tandemokratie, in welcher der eigentlich untergeordnete Ministerpräsident den Staatspräsidenten steuert, widerspricht der Verfassung. Sie ist nur eine Ersatzlösung, ein Provisorium, einzig und allein dazu geschaffen, um Vladimir Putin trotz seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt die Staatsführung weiter zu sichern. Hauptgrund für das Provisorium ist das Verbot der Verfassung Russlands, dass ein und dieselbe Person mehr als zwei Amtszeiten hintereinander Präsident sein darf (Art. 81 Abs. 3). Dieses Hindernis ist schon heute, auf jeden Fall aber 2012 weggefallen. Damit entfällt auch der politische Zweck der Tandemlösung. Würde Putin 2012 nicht wieder für das Präsidentenamt kandidieren, wäre es kaum erklärlich, weswegen er seit 2007 alle möglichen Anstrengungen unternommen hat, um seine dominierende Machtposition im politischen System Russlands zu sichern. Diese Anstrengungen lassen nur den Schluss zu, dass Putin sich mit der Tandemlösung auch völlig freie Hand für eine erneute Präsidentschaftskandidatur sichern wollte.

(2) Der machtpolitische Zweck der Tandemlösung könnte ab 2012 wieder in völliger Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben der Verfassung erfüllt werden. Das wäre, institutionell gesehen, ein großer Vorteil, und zwar erstens, weil Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit wieder einander angenähert würden, und weil zweitens die unklaren Signale und Irritationen in der Gesellschaft über die wahren Machtverhältnisse und die daraus zwangsläufig resultierenden Friktionen und Konflikte namentlich in der Staatsbürokratie ihre Grundlage verlören. Schon 2007 hatte sich nach übereinstimmenden demoskopischen Umfragen eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung für ein Verbleiben Putins im Präsidentenamt ausgesprochen. Man hatte kein Verständnis für seine Entscheidung, die Amtszeitenbeschränkung der Verfassung zu respektieren und einen formell verfassungsmäßigen Machtwechsel zu vollziehen. Der damalige Wunsch der Menschen könnte 2012 erfüllt werden.

(3) Nichts spricht dafür, dass Putin amtsmüde ist und mit dem Gedanken spielt, sich aus der hohen Politik zurückzuziehen. Die Rastlosigkeit, mit welcher er auf sämtlichen Feldern der Politik tätig ist und die Häufigkeit seiner Präsenz in den Medien zeugen vom Gegenteil.

Anlass zu öffentlichen Spekulationen darüber, was 2012 passieren werde bzw. könnte, hat Putin im vergangenen Jahr, also 2009, selbst mit der Bemerkung genährt, dass er über eine erneute Kandidatur für das Präsidentenamt nachdenke, sich aber noch nicht entschieden habe⁵⁴. Mehr konnte Putin dazu auch nicht sagen, denn wenn er seine Absicht, erneut zu kandidieren, erklärt hätte, hätten Medvedevs Autorität und Machtstellung sofort schweren Schaden genommen. Hätte Putin hingegen umgekehrt erklärt, er werde nicht wieder antreten, hätte er sich von demselben Tage an zur sprichwörtlichen „Lahmen Ente“ im Tandem gemacht und sich gleichsam selbst entmachtet⁵⁵.

Definitiv ausgeschlossen hat Putin aber, dass Medvedev und er bei den Präsidentschaftswahlen gegeneinander antreten würden. Medvedev hat Putins Äußerungen – gleichsam spiegelbildlich – bekräftigt. Was kann man daraus schließen? Sicherlich dies, dass Putin bei den Präsidentschaftswahlen 2012, wenn er will, nicht nur der Spitzenkandidat der Kreml-Partei „Einheitliches Russland“, sondern auch der alleinige Kandidat des Tandems sein wird. Medvedev würde entsprechend der zwischen beiden getroffenen Absprache Putins Entscheidung respektieren. Aller Voraussicht nach würde er in das Amt des Ministerpräsidenten hinüberwechseln. Die Tandemokratie erführe damit zwar eine Fortsetzung, aber ohne die der Konstruktion heute anhaftende machtpolitische Paradoxie.

(4) Auf Putins Absicht, 2012 erneut zu kandidieren, kann man indirekt aus dem Umstand schließen, wie sehr er sich seit einem Jahr abrackert, um die Wirtschaftskrise zu bewältigen⁵⁶. Offenkundig strebt Putin das Image eines erfolg-

⁵⁴ Schneider, Eberhard: Russland intern aktuell. Monatliche Analyse, Mai 2009, S. 3; Dezember 2009, S. 4 (Internetdienst).

⁵⁵ Die sich eigentlich aufdrängende Erkenntnis, dass die „Tandemokraten“ aus diesem machtpolitischen Grunde gar nicht anders können, als die „2012-Frage“ in ihren Interviews stets als offen zu bezeichnen, und die Antwort dementsprechend auch offen zu lassen, ist von den zahllosen Kommentatoren – Journalisten und Politologen – der Vorgänge erstaunlicherweise bis heute nicht wirklich begriffen worden, denn andernfalls würden nach den in der Sache ewig gleichen Äußerungen des Tandems zur „2012-Frage“ nicht immer von Neuem die Interpretationen und Spekulationen ins Kraut schießen. Siehe etwa Vesper, Reinhard: Risse im Machapparat. Das „Tandem“ an der Spitze Russlands agiert zunehmend unharmonisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 23.2.2010, S. 8.

⁵⁶ „Putin arbeitet wie der Teufel“, stellte Gleb Pavlovskij von der „Stiftung Effektive Politik“ ein Jahr nach dem Start des Tandems fest. Siehe seinen Diskussionsbeitrag in: NG-Politika [Beilage zur „Nezavisimaja gazeta“] 2009, Nr. 4 (3.3.), S. 11.

reichen Krisenmanagers an. Tatsächlich trägt sein Einsatz erste Früchte⁵⁷. Für 2012 zeichnet sich infolgedessen eine hervorragende Ausgangsposition ab.

(5) Für Putins Machtambitionen über 2011 hinaus spricht ferner, dass er offensichtlich verhindert, dass Medvedev sich eine eigene starke Hausmacht aufbaut. In der Tat könnte Medvedev das nur auf Kosten der Machtstellung Putins, denn die Machtverteilung im Tandem unterliegt dem Nullsummenspiel. Medvedev hat sich mit dieser Lage, wie es scheint, abgefunden⁵⁸.

(6) Auch ein grundsätzliches Motiv dürfte bei den Überlegungen und Zukunftsplänen Putins eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen: nämlich der Wille, das von ihm geschaffene politische System zu erhalten.

Um das zu erläutern, muss ich etwas weiter ausholen: Putin hat während seiner Präsidentschaft 2000 bis 2008 ein auf sich persönlich zugeschnittenes Präsidialregime errichtet, ohne auch nur ein Komma am Text der Verfassung von 1993 zu ändern⁵⁹. Man nennt dieses Regime in Russland längst das „System Putin“ und spricht inzwischen sogar von „Putinismus“⁶⁰.

Die Personalisierung ist sachlich vollauf gerechtfertigt, weil sozio-politisch gesehen der hervorstechende Zug des Putinschen Systems eine Koalition der oben genannten beiden mächtigen Gruppen der russischen Elite ist, deren personelle Zusammensetzung Putin selbst bestimmt hat und die auch nur er mit seiner Person und Autorität zusammenhalten kann. Träte Putin ab, würde „der Laden auseinander fliegen“, um es salopp auszudrücken. Das ist keine grundlose Spekulation, denn im Herbst 2007 konnte Putin selbst in diesen Abgrund eines

⁵⁷ Es ist – auch international – durchaus anerkannt, dass Russlands Führung, die 2008 zunächst die Härte der Auswirkungen der Krise auf Russland unterschätzt hatte, ein insgesamt durchaus erfolgreiches Krisen-Management betrieben hat. Die Hauptlast hat dabei Ministerpräsident Putin getragen, weswegen ihm auch das Hauptverdienst an der Leistung zukommt.

⁵⁸ Den Schluss muss man aus der Tatsache ziehen, dass Medvedev sich eine eigene Hausmacht nicht aufgebaut hat oder, was wohl wahrscheinlicher ist, eine solche deswegen nicht hat aufbauen können, weil Putin an den von ihm eingesetzten Leuten entweder festgehalten hat oder aber Neu- und Wiederbesetzungen maßgebend in seinem Sinne entschieden hat. Zum Problem siehe Kryštanovskaja, Ol'ga: Kačeli vlasti: Putin/Medvedev“ [Die Machtschaukel Putin/Medvedev], in: Nezavisimaja gazeta vom 26.10.2009, S. 8.

⁵⁹ Der größten Versuchung war er zweifellos 2007 ausgesetzt, als es um die Frage ging, ob man die verfassungsrechtliche Begrenzung auf zwei Amtszeiten hintereinander (Art. 81 Abs. 3) streichen sollte. Zwar wurde Putin von einigen Akteuren seiner Umgebung massiv dazu gedrängt, aber bemerkenswerterweise widerstand er dem Drängen, wie man vermuten muss, aus staatspolitischen Erwägungen, weil er wohl von der Weisheit der aus der US-amerikanischen Verfassung übernommenen Regelung und der Richtigkeit ihrer Geltung auch für Russland überzeugt war (und ist).

⁶⁰ Mommsen, Margareta/Nußberger, Angelika: Das System Putin, München 2007.

ohne Hemmungen zwischen seinen Regimestützen ausgetragenen Machtkampfes blicken, als sich nämlich die Chefs verschiedener Geheimdienste offen über die Medien des Landes bekämpften⁶¹ und die Siloviki zu derselben Zeit versuchten, den Finanzminister (Kudrin), einen der Repräsentanten des wirtschaftsliberalen Flügels, zu stürzen.

Es liegt in der Natur eines politischen Regimes, das lehren uns Geschichte und Politikwissenschaft, dass es in aller Regel rasch zerfällt, wenn sein Schöpfer abtritt. Putin hätte 2007 die Duma-Wahl nicht zu einem Plebiszit über sich und den „Plan Putins“ mit der Perspektive „Russland 2020“ gemacht, wenn er die Fortführung seines Regimes anderen hätte überlassen wollen. Er ist der Schöpfer dieses Systems, dessen Schlüsselfigur und Integrator. Daher brauchen ihn dessen Stützen auch über das Wahljahr 2012 hinaus. Putin wird sich ihrem Drängen, den Karren – nun wieder als Staatspräsident – weiterzuziehen, nach meiner Einschätzung nicht verschließen.

Noch eine abschließende Bemerkung: Eine weitere Amtszeit Wladimir Putins böte den Vorteil, in aller Ruhe entweder den schon amts erfahrenen Medvedev gezielt als Nachfolger aufzubauen oder eine andere geeignete Person aus seiner Umgebung ins Spiel zu bringen oder aber, auch diese Möglichkeit ist durchaus real, über 2018 hinaus selbst an der Macht zu bleiben. Putin wäre 2018 erst 66 Jahre alt und als trainierter Sportler, der er ist, wäre er noch fit genug, um auch noch eine vierte Amtszeit – bis 2024 – anzuschließen.

VI.

Lassen Sie mich statt eines längeren Schlusswortes eine kurze Antwort auf die von mir im Thema gestellte Frage geben:

Die Tandemokratie aus Ministerpräsident Putin und Staatspräsident Medvedev ist ein Provisorium und eine Notlösung. Sie wurden geboren, weil Putin einerseits der Versuchung widerstand, 2007 durch Änderung der Verfassung eine weitere, dritte Amtszeit anzuschließen, er andererseits aber die wesentlichen

⁶¹ Viktor Čerkesov, ein enger Freund Putins aus Leningrader KGB-Tagen, ging am 9. Oktober 2007 mit einem großen Artikel („Über den 'Krieg von Gruppen' innerhalb der Geheimdienste“) in der Zeitung „Kommersant“ in die Öffentlichkeit, nachdem einige seiner Spitzenbeamten vom Inlandsgeheimdienst FSB verhaftet worden waren. Čerkesov brach mit dem Schritt das in der „Branche“ ungeschriebene Gesetz, nicht öffentlich über einander herzufallen. Doch statt seiner von Insidern erwarteten prompten Entlassung wurde er vom Präsidenten wenig später in eine dem FSB-Chef statusmäßig partiell angenäherte Position befördert! Über die FSB-Aktion siehe: Kommersant vom 4.10.2007, S. 1/5; Nezavisimaja gazeta vom 15.10.2007, S. 1/3/12.

Schalthebel der Macht in dem von ihm geschaffenen System und Regime in den Händen behalten wollte.

Die Tandemokratie ist deswegen nur ein Transitorium für die Zeit bis zu den Präsidentschaftswahlen im März 2012. Medvedev ist in dieser Zeit Platzhalter Putins im Amt des Präsidenten⁶². Ihr Verhältnis ist zwar keine *cohabitation à la française*, durchaus aber eine *cohabitation*, nämlich eine *cohabitation à la russe*, d.h. eine Beziehung, die durch die unbedingte Loyalität Medvedevs gegenüber Putin und dessen Führungsrolle im Tandem gekennzeichnet ist. 2012 wird die Tandemokratie jedoch nicht mehr gebraucht. Sie hat dann ihre machtpolitische, strategische Funktion zur Sicherung des Putin-Regimes, des „Systems Putin“, erfüllt.

Nachtrag⁶³

Seit dem Abschluss dieses Vortragsmanuskripts Anfang Januar 2010 hat sich die „Tandemokratie“ strukturell nicht verändert. Das Kräfteverhältnis im Tandem ist stabil geblieben. Präsident Dmitrij Medvedev hat keine Anstalten unternommen, Ministerpräsident Putin auf den Rücksitz zu verdrängen und mit Entschlossenheit die Staatsführung auch realpolitisch zu übernehmen. Er hat die ungeschriebenen Regeln eingehalten und die Grenzen respektiert, die Vladimir Putin mit ihm im Vorfeld des Wechsels im Präsidentenamt 2007/2008 vereinbart hatte. Mehr als das, die bisherige Rollenverteilung im Tandem ist im Verlaufe des Jahres 2010 noch deutlicher geworden.

In diesem Nachtrag wird zunächst die politische Entwicklung Russlands im Jahre 2010 aus dem hier interessierenden Blickwinkel des Kräfteverhältnisses und der Rollenverteilung im Tandem analysiert. Das kann aus naheliegenden Gründen nur in gedrängter Form geschehen. Abschließend wird noch einmal ein kurzer Blick auf die öffentlichen Spekulationen darüber geworfen, in welcher Konfiguration das Tandem in die Wahlen von 2011/2012 gehen wird.

I.

Medvedev bemühte sich, 2010 sein Image als Vertreter einer neuen Generation und als ein Politiker weiter zu pflegen, der ein modernes, sich europäisch ver-

⁶² Remčukov, Konstantin: Komanda Prezidenta [Die Mannschaft des Präsidenten], in: NG-Politika 2009, Nr. 9 (2.6.), S. 11 (unter Berufung auf Ol'ga Kryštanovskaja: „Der jetzige Präsident hält für Putin den Sessel warm.“).

⁶³ Der Text des Vortrages blieb unverändert. Der Nachtrag wurde nach einem Jahr, Mitte Januar 2011, für die Veröffentlichung angefügt.

stehendes Russland repräsentieren will, gesittete politische Umgangsformen bevorzugt und auch mit erklärten politischen Gegnern des „Putin-Regimes“ in gemäßigter Sprache umgeht⁶⁴. Putin hingegen hat noch schärfer das ihm anhaftende Profil eines Politikers ausgeprägt, der sich entschlossen und zügig an die praktische Lösung drängender Probleme begibt, sich dabei immer wieder auch persönlich an kritische Orte des Geschehens begibt, dort mitunter auch selbst das Steuer in die Hand nimmt („Politik per Handsteuerung“) und nicht davor zurückschreckt, seine Kritiker und Gegner vor allem aus den Reihen der demokratisch-rechtsstaatlich orientierten Opposition bisweilen mit rüden und obszönen Ausdrücken zu traktieren. Anlässe zu solchen mit Hilfe des Fernsehens gebührend in Szene gesetzten, durchaus populären Auftritten boten ihm insbesondere die wochenlangen Wald- und Torfbrände in dem besonders regenarmen Sommer 2010, als Putin den Einsatz eines Löschflugzeugs flog⁶⁵, sowie ferner die tagelangen nationalistischen Massenaktionen und Gewaltausbrüche gegenüber Kaukasiern und Zentralasiaten in Moskau und anderen Großstädten nach dem Mord an einem Fan des Moskauer Fußballklubs 'Spartak' Mitte Dezember des Jahres. Putin diskutierte am 21. Dezember mit einer großen Gruppe von Fußballfans auf einem vom Sportministerium organisierten Forum, nahm die (anständigen) Fans gegen pauschale Angriffe in Schutz und warf der demokratischen Opposition vor, die üblen Vorgänge politisch für sich ausnutzen zu wollen⁶⁶. Unnachgiebig verfolgt er ihr gegenüber weiter den Kurs der öffentlichen Polarisierung und Rechtfertigung von Repression.

II.

Überblickt man die von der Staatsführung eingenommenen politischen Positionen und ihre herausragenden Entscheidungen, ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die Politik die harte Handschrift Putins trägt. Nur gelegentlich konnte Medvedev, wie es scheint, liberale, rechtsstaatliche und demokratische Forderungen zur Geltung bringen und den rigiden Kurs Putins und der mit ihm verbundenen Siloviki abmildern.

1. Die Ende 2009 durch Verfassungsänderungen erfolgte, ab 2011 zur Wirkung kommende Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten von 4 auf 6 Jahre und der

⁶⁴ Zutreffend stellt das der Leitartikel der Nezavisimaja gazeta „Dvuchmestnyj olimp – Doppelsitziger Olymp“ vom 7.9.2010, S. 2 heraus.

⁶⁵ Naumov, Igor'/Baškatoва, Anastasija: Ručnoj režim požarotušenija [Brandlöschung per Handsteuerung], in: Nezavisimaja gazeta vom 12.8.2010, S. 1/4.

⁶⁶ Kolesnikov, Andrej: Prem'er ligi [Der Premier der Liga], in: Kommersant vom 22.12.2010, S. 1/3.

Legislaturperiode der Staatsduma von 4 auf 5 Jahre bedeuteten eine Stärkung der Exekutive und eine weitere Verfestigung der die Duma völlig beherrschenden Putin-Partei „Edinnaja Rossija“. Mit der Initiative zu den Änderungen setzte sich Medvedev offenkundig in Widerspruch zu den von ihm wiederholt vollmundig verkündeten Prinzipien der Freiheit, des Rechtsstaates und der Demokratie. Die leichte Abmilderung der 7%-Sperrklausel bei den Dumawahlen, dahingehend, dass mehr als 5% der Stimmen erreichende Parteien 1 bis 2 Sitze in der Duma (und in den Regionalparlamenten) erhalten sollten⁶⁷ und dass sonstige kleine Parteien wenigstens einmal im Jahr im Plenum der Duma ihre politischen Vorstellungen und Kritik sollten vortragen können, fiel daneben nicht ernstlich ins Gewicht. Im Gegenteil. Allzu offenkundig war, dass es sich bei diesen kleinen Zugeständnissen an die Opposition nur um Kosmetik handelte⁶⁸.

Die von Präsident Medvedev Änderung des Verfahrens bei der Einsetzung der Chefs der Exekutiven der 83 Regionen- Republikspräsidenten, Gouverneure, Bürgermeister Moskaus und St. Petersburgs, nämlich dass nun die stärkste Fraktion des jeweiligen Regionalparlaments das exklusive Vorschlagsrecht für das Haupt der Exekutive hat, lief auf eine Stärkung von „Edinnaja Rossija“ und damit de facto darauf hinaus, dass Putin als Parteivorsitzender nun auch noch einen förmlichen Hebel in die Hände bekommen hat, die Ernennung der mächtigen „Provinzfürsten“ entscheidend mitzubestimmen.

2. Die Ergebnisse der in verschiedenen Landesteilen stattfindenden Regional- und Kommunalwahlen im März und die Ergebnisse der Regionalwahlen im Oktober 2010 waren wiederum – wie schon im Jahr davor – durch massive Behinderungen und Repressionen gegen oppositionelle Parteien, Manipulationen und Fälschungen belastet. Trotz einiger Stimmenverluste im Frühjahr ging „Edinnaja Rossija“ aus ihnen durchweg als Siegerin hervor⁶⁹. Die Auswirkungen zeigten sich bei der Wiederbesetzung der vakant gewordenen Chefpositionen der Regional-exekutiven; zwar wurden viele Gouverneure und Republikpräsidenten, darunter

⁶⁷ Würde auch für diese Parteien tatsächlich das Proportionalprinzip gelten, könnten zwischen 5 und 7% liegende Parteien eigentlich 24 bis 32 Duma-Sitze beanspruchen. Die als demokratisch apostrophierte Regelung stellt daher tatsächlich einen das Demokratieprinzip verletzenden Fall von Diskriminierung von politischen Minderheiten dar!

⁶⁸ Die Neuregelung wurde inzwischen, so am 3.12.2010 praktiziert. Drei kleine Parteien der außerparlamentarischen Opposition, darunter JABLOKO und „Rechte Sache“ (Pravoe delo), durften jeweils 10 Minuten vor dem Plenum der Duma auftreten und ihre Meinungen zu einem ihnen vorgegebenen 11-Punkte-Fragenkatalog sagen. Siehe Samarina, Aleksandra: Desjat' minut neparlamentskoj svobody [Zehn Minuten außerparlamentarischer Freiheit], in: Nezavisimaja gazeta vom 8.12.2010, S. 1/3.

⁶⁹ Melamedow, Grigori: Regionalwahlen in Rußland – die zweite Runde, in: Wostok (Berlin) 2010, Nr. 2, S. 33–36; Kommersant vom 12.10.2010, S. 2 (Tabelle der Wahlergebnisse der Herbstwahlen).

die mächtigen Chefs von Sverdlovsk, Tatarstan und Baškortostan nach Jahrzehnte langer Herrschaft nun abgelöst, aber Medvedev gelang es nicht, loyale, ihm persönlich ergebene Nachfolger in nennenswerter Zahl durchzusetzen⁷⁰.

3. Dass der Präsident die Machtverhältnisse auch auf regionaler Ebene nicht zu seinen Gunsten verschieben konnte, wurde nach dem Sturz des Bürgermeisters von Moskau, Jurij Luzkov, eines der stellvertretenden Parteivorsitzenden von „Edinnaja Rossija“ und lange Zeit hindurch der drittmächtigste Politiker Russlands, unübersehbar⁷¹. Luzkov war in eine ihm von Putin gestellte Falle getappt. Putin hatte ihn nämlich öffentlich dafür gelobt, dass er angesichts der Brandkatastrophe „rechtzeitig“ aus seinem Sommerurlaub nach Moskau zurückgekehrt sei⁷². Aus der Administration des Präsidenten Medvedev verlautete hingegen in harscher Form das Gegenteil. Luzkov wähnte sich daher von Putin unterstützt, vermutete eine wachsende politische Rivalität im Tandem und versuchte nun, den Ministerpräsidenten gegen den Staatspräsidenten auszuspielen. Er, der 1999/2000 im Lager der Gegner und Rivalen Putins um die Präsidentschaft Russlands gestanden hatte, übersah indes, dass Putin ihn nur so lange zu stützen bereit war, wie Luzkov die politische Kontrolle von „Edinnaja Rossija“ über Moskau garantierte und das Tandem im Übrigen nicht störte. Sein Versuch, das Tandem, in einen offenen Konflikt wegen seiner Person zu treiben, musste aber die von Putin für den Wahlzyklus 2011/2012 überlegte „politische Dramaturgie“ empfindlich stören. Keinesfalls wollte sich Putin von Luzkov zwingen lassen, seine Karten vorzeitig auf den Tisch zu legen. So ließ er Luzkov fallen. Zugleich sorgte er dafür, dass ein ihm ergebener Politiker zum Nachfolger bestellt wurde⁷³. Es war dies Sergej Sobjanin, der bis dahin stellvertretender Ministerpräsident und zugleich Chef des Apparates der Regierung, also Kabinettsminister Putins, gewesen war. Außerdem war Sobjanin Mitglied im Führungsrat von „Edinnaja Rossija“⁷⁴. Er hatte sich den Ruf eines erfahrenen,

⁷⁰ Chamraev, Viktor/Čerkasov, Gleb: Nesmenjaemost' peremen [Die Beständigkeit der Veränderungen], in: Kommersant vom 26.10.2010, S. 4.

⁷¹ Medvedev hatte den seit fast 20 Jahren im Amt befindlichen Luzkov „wegen Vertrauensverlustes“ am 28.9.2010 entlassen. Siehe Kommersant vom 29.9.2010, S. 1–6.

⁷² Nezavisimaja gazeta vom 11.8.2010, S. 1/3; zum Ablauf des Geschehens siehe Miljutenko, Wladimir: Operation 'Mißtrauen des Präsidenten' – der Abgang Luschkows, in: Wostok 2010, Nr. 3, S. 40–43.

⁷³ Dekret des Präsidenten über die Ernennung vom 21.10.2010, Text: SZRF 2010, Nr. 43, Pos. 5492.

⁷⁴ Ausführlich zum Machtwechsel in Moskau: Kommersant vom 16.10.2010, S. 1/3; Novaja gazeta 2010, Nr. 113 (11.10), S. 2–3. Sobjanin, Jahrgang 1958, ist wie Putin und Medvedev Jurist. Er kommt aus Sibirien und war Gouverneur des erdgasreichen Gebietes Tjumen', bevor Putin ihn 2005 zum Chef der Administration des Präsidenten machte. Als solcher war Sobjanin Vorgänger Medvedevs.

durchsetzungsstarken und erfolgreichen Administrators erworben. Unter Präsident Putin hatte er, wie es heißt, zwar gut mit Medvedev zusammengearbeitet, aber ein gewisses Gegengewicht zu den zahlreichen Petersburgern in Putins Mannschaft gebildet. Politische Ambitionen werden ihm nicht nachgesagt.

4. Zum Nachfolger Sobjanins auf dem Posten seines Kabinettsministers machte Putin seinen ehemaligen Wahlkampfmanager und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden von „Edinnaja Rossija“ in der Duma, Vjačeslav Volodin⁷⁵. Die Tatsache, dass dieser über keine Regierungserfahrung verfügte, wurde von Beobachtern sofort⁷⁶ als ein starkes Indiz dafür gewertet, dass Putin als Ministerpräsident aktiv in die Wahlkämpfe von 2011 und 2012 einzugreifen plane. Einige Wochen später hat Putin diese Vermutung in einem Interview mit der Bemerkung bestätigt, dass er bereit sei, bei den Duma-Wahlen 2011 – wie schon 2007 – wieder die Liste von „Edinnaja Rossija“ anzuführen, also gleichsam sein „Mandat“ als „Nationaler Führer“ erneuern zu lassen⁷⁷.

5. Widersprüchlich und infolgedessen unberechenbar ist der „Kurs“, den Medvedev hinsichtlich der sich immer wieder zuspitzenden dramatischen Konflikte um die Einhaltung der Menschenrechte steuerte und steuert.

(a) Allerdings begann das Jahr 2010 insofern überaus positiv, denn nach Jahren der Blockade ratifizierte die Staatsduma am 15. Januar als letztes Mitglied der 47 Staaten des Europarats das 14. Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)⁷⁸. Damit machte Russland den Weg dafür frei, die bei dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg eingehenden Individualbeschwerden wegen der Verletzung der Menschenrechte durch den Heimatstaat in einem vereinfachten Verfahren, nämlich durch den Einzelrichter, prüfen zu lassen und auf diese Weise den gewaltigen Stau unerledigter Sachen bei dem Gericht zügig anzugehen und aufzulösen. Da

⁷⁵ Samarina, Aleksandra/Vedenskaja, Alisa: Volodin perešel na premerskij grafik [Volodin wechselte in die Strukturen des Premiers], in: Nezavisimaja gazeta vom 22./23. 10.2010, S. 1/3.

⁷⁶ Nezavisimaja gazeta vom 23.11.2010, S. 2 (Leitartikel der Redaktion): „Kaum einer zweifelt daran, dass Putin die Liste von Edinnaja Rossija bei den Duma-Wahlen 2011 anführen wird. Eine mittelbare Bestätigung ist dafür eine politische Figur, nämlich Vjačeslav Volodins auf einen hohen Posten in der Regierung. In diesem Fall verwandeln sich die Wahlen erneut in ein Referendum des Vertrauens für Putin, was ihm das moralische Recht gäbe, seine Meinung über die Prätendenten für den Präsidentensessel zu äußern.“

⁷⁷ Kommersant vom 20.12.2010, S. 1/2.

⁷⁸ Text des Ratifikationsgesetzes, das nach der Zustimmung des Föderationsrates vom Präsidenten am 4.2.2010 unterzeichnet und ausgefertigt wurde, in: SZRF 2010, Nr. 6, Pos. 567. FAZ vom 16.1.2010, S. 7. Am 1.6.2010 trat das Protokoll in Kraft.

– in absoluten Zahlen – die weitaus meisten Menschenrechtsbeschwerden beim EGMR längst aus Russland kommen, nämlich etwa ein Viertel der ca. 120.000 anhängigen Verfahren, bedeutet die Ratifizierung des Protokolls auch und gerade für Russlands Bürger einen großen Fortschritt. Da Russland seit Jahren insbesondere auf Beschwerden von Bürgern aus Tschetschenien mit kontinuierlich ansteigenden Zahlen vor dem EGMR unterliegt und immer größere Entschädigungssummen an die Opfer der menschenrechtswidrig agierenden Exekutive und Judikative des Landes zahlen muss, waren die Widerstände gegen das 14. Zusatzprotokoll im politischen Spektrum der Siloviki erheblich gewachsen. Zwar hatte Putin noch als Staatspräsident das betreffende Ratifikationsgesetz in die Duma eingebracht und dessen Annahme empfohlen, aber danach offensichtlich keinen starken politischen Druck mehr auf die Abgeordneten von „Edinnaja Rossija“ ausgeübt. Man wird die nun erfolgte De-Blockierung des Ratifikationsverfahrens daher wohl dem Konto Medvedevs gut schreiben können.

(b) 2010 spitzten sich die Konflikte zwischen Teilen der oppositionellen Bürgergesellschaft Russlands und der Exekutive zu. Den Hintergrund bildete eine Verschärfung der sozialen Konflikte im Lande infolge der auch auf Russland durchgeschlagenen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, die steigende Arbeitslosigkeit, hohe Inflation und insbesondere eine Verteuerung der Lebensmittel bis zu 30%. Demensprechend stieg die Demonstrationsbereitschaft im Lande. Die Behörden ließen jedoch Versammlungen und Demonstrationen oppositioneller Kräfte entweder gar nicht oder nur unter knebelnden Auflagen abseits der Stadtzentren zu. Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, von Art. 31 der Verfassung Russlands garantiert, wurde dadurch weitgehend seines Sinnes beraubt und lief praktisch leer. Dagegen formierten sich oppositionelle Gruppen, die sich immer am 31. eines Monats an markanten Orten der Innenstädte, namentlich Moskaus, zu Protesten gegen diese Menschenrechtsverletzung versammelten. Von den Ordnungskräften des Innenministeriums wurden sie mehr oder weniger brutal niedergeknüppelt, festgenommen, kurzzeitig arretiert und zerstreut. Zwar ist das Innenministerium dem Staatspräsidenten unmittelbar unterstellt, doch machte Medvedev keine erkennbaren Anstalten, auf eine dem Geist der Versammlungsfreiheit entsprechende Handhabung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts durch die Sicherheitsbehörden hinzuwirken. Im Gegenteil; aus Anlass der Moskauer Unruhen Mitte Dezember 2010 rief er die Sicherheitskräfte dazu auf, gegen „nichtsanktionierte Aktionen hart durchzugreifen“⁷⁹.

⁷⁹ Granik, Irina: V slovac prezidenta prozvučala uličnaja ugroza [In den Worten des Präsidenten ertönte die Drohung der Straße], in: Kommersant vom 17.12.2010, S. 2.

(c) Andererseits hat der Präsident nach einigen stärkstes Aufsehen erregenden Skandalen, in welche Teile der Miliz verwickelt waren, Anfang des Jahres die Initiative zu einer Reform des Polizeirechts ergriffen⁸⁰. An die Stelle der von großen Teilen der Bevölkerung seit langem gefürchteten, als durch und durch korrupt und inkompetent geltenden „Miliz“ sollte nach seinem Wunsch eine moderne Polizei treten, die sich in erster Linie als Dienstleistungsunternehmen, als Helfer und Freund der Bürger verstehen sollte. Medvedevs Plan traf zwar auf breite Zustimmung, aber die Realisierung stand vor größten Hindernissen und wurde skeptisch beurteilt, weil Innenministerium und Miliz in Fachkreisen längst als nicht reformierbar gelten.

Die Skeptiker sollten Recht behalten. Medvedevs Initiative wurde schon zu Anfang die Durchschlagskraft genommen, denn es gelang ihm nicht, den seit längerem im Dauerfeuer öffentlicher Kritik stehenden Innenminister Russlands, Rašid Nurgaliev, abzulösen⁸¹. Offensichtlich legten sich Putin und hinter ihm stehende Siloviki quer. Mehr als das: Ausgerechnet das Innenministerium, also Nurgaliev, wurde mit der Ausarbeitung des geplanten Gesetzentwurfes beauftragt. Das entsprach zwar der noch aus der Sowjetunion überkommenen Gesetzgebungspraxis, war in diesem Falle aber besonders fatal.

Der ministerielle Entwurf eines „Polizeigesetzes“ wurde im August veröffentlicht⁸². Hinter der Fassade verheißungsvoll klingender liberaler Grundsätze ermächtigte er die Polizeibehörden zu sehr weitreichenden Eingriffen in die Menschen- und Bürgerrechte. Die mehr oder weniger allgemein und schwammig formulierten Ermächtigungsvorschriften luden zu einer extensiven Auslegung und entsprechendem Missbrauch im Alltag ein⁸³. Es war daher kein Wunder, dass der Entwurf auf breite Kritik und Widerstand stieß. Unter dem Druck der liberalen Öffentlichkeit sah sich Präsident Medvedev veranlasst, die Überarbeitung des Entwurfes zu befehlen, und ordnete, seit den Zeiten der UdSSR geschah das erstmals, eine vierwöchige „allgemeine Volksdiskussion“ an. Die „Konzeption“ des Gesetzentwurfs nahm er jedoch ausdrücklich von Änderungen aus.

Ende Oktober brachte der Präsident den Gesetzentwurf in die Staatsduma ein, und am 10. Dezember, wohl nur zufällig am Tag der Menschenrechte, fand die

⁸⁰ Siehe dazu die dem Thema gewidmete Ausgabe Nr. 206 der von der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen herausgegebenen „Russland-Analysen“ vom 24.9.2010 (Hans-Henning Schröder): <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen206.pdf>.

⁸¹ Vesper, Reinhard: Rußlands Miliz wird ausgenüchtert, in: FAZ vom 20.2.2010, S. 2.

⁸² Text: zakonoproekt2011.ru/item/20; Nezavisimaja gazeta vom 4.8.2010, S. 1/3.

⁸³ Igorev, Aleksandr: Milicizm s čelovečeskim licom [Milizismus mit menschlichem Antlitz], in: Kommersant vom 17.6.2010, S. 1.

erste Lesung statt⁸⁴. Die Öffentlichkeit reagierte enttäuscht, denn substantielle Veränderungen wies der Entwurf trotz der intensiven öffentlichen Debatte kaum auf, und die Bereitschaft zur Nachbesserung war und ist in der Duma nicht sonderlich ausgeprägt. So haften dem Projekt des Präsidenten die typischen Mängel einer halbherzigen Reform an. Sie wechselt einige gründlich diskreditierte Etiketten, vor allem den historisch überlebten Namen „Miliz“, aus und führt manche neue, bürgerfreundlich klingende Sprachregelung ein, mutet aber dem Innenministerium und der „Polizei“ in der Sache keine allzu großen Veränderungen zu.

(d) Die Grenzen, die Präsident Medvedev gegenüber den Machtansprüchen der Siloviki im System 'Putin' gezogen sind, waren nicht erst hier, bei dem Tauziehen um die Polizeireform, sondern besonders auffällig und bedrückend zutage getreten, als die Staatsduma am 16. Juli 2010 gegen den scharfen Protest der gesamten – der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen – Oppositionskräfte das Gesetz über den Föderalen Sicherheitsdienst Russlands (FSB) einschneidend verschärfte. Der FSB, dem Putin 1998/1999 vorgestanden hatte und der sich in der Tradition des KGB sieht, ist der wichtigste Inlandsgeheimdienst des Landes. Durch die von der Duma beschlossene Novelle wurde er – wie zur Sowjetzeit – ermächtigt, Bürger und (nichtstaatliche) juristische Personen, also gesellschaftliche Vereinigungen, Wirtschaftsunternehmen usw., förmlich zu verwarnen, gewisse vom FSB für unzulässig gehaltene Aktionen zu unternehmen. Ein konkret begründeter Verdacht auf Begehung einer Straftat oder wenigstens einer Ordnungswidrigkeit braucht für die prophylaktische Maßnahme nicht vorzuliegen. Für das Recht zur Intervention genügt es bereits, dass der FSB das Verhalten von ihm beargwöhnter Personen in gewissen Situationen a priori für unerwünscht hält und unterbinden möchte⁸⁵. Verstöße gegen die Warnung bzw. ihre Nichtbefolgung können mit Sanktionen geahndet werden. Es war offensichtlich, dass die neuen Bestimmungen gegen die von der Verfassung Russlands proklamierte Vermutung für die Unschuld des Menschen und Bürgers (Art. 49) und gegen das verfassungsrechtliche Gebot verstößt, die Grundrechte nur solchen Beschränkungen zu unterwerfen, die für den Schutz der fundamentalen Werte der Verfassungsordnung unerlässlich sind (Art. 55 Abs. 3).

⁸⁴ Kommersant vom 28.10.2010, S. 3; Čikov, Pavel: Restajling, rebrending... Tol'ko relaksa ne budet [Restyling und Rebranding... Nur Relaxing wird es nicht geben], in: Novaja gazeta 2010, Nr. 123 (3.11.), S. 9; Novaja gazeta 2010, Nr. 140 (13.12.), S. 7; Kommersant vom 13.12.2010, S. 2.

⁸⁵ Pavlov, Ivan: Polnomočijam FSB veto ne grozit [Den Befugnissen des FSB droht kein Veto], in: Nezavisimaja gazeta vom 12.7.2010, S. 1/2; Cvetkova, Roza: Trebuetsja veto prezidenta [Gefordert wird das Veto des Präsidenten], in: Nezavisimaja gazeta vom 16./17.7.2010, S. 2.

Vergeblich beschwor die Opposition Präsident Medvedev als letzte Hoffnung in ihrem Widerstand, sein (suspensives) Veto gegen das Gesetz einzulegen. Die Ironie des Schicksals wollte es, dass Medvedev das Ansinnen nicht nur nicht zurückwies, sondern kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes durch die Duma auf der Pressekonferenz mit Angela Merkel zum Abschluss der Russisch-Deutschen Regierungskonsultationen in Ekaterinburg sogar noch erklärte, dass er es gewesen sei, der die Gesetzesnovelle in die Duma eingebracht habe, und dass sie „zur Vervollkommenung“ der Kompetenzen des FSB erforderlich sei⁸⁶. Für die Vorsitzende des von Präsident Medvedev berufenen „Rates zur Förderung der Institute der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten Russlands“, Ella Pamfilova, war das augenscheinlich zu viel; sie trat verbittert von ihrem Posten zurück⁸⁷. Nach mehrmonatiger Vakanz ernannte Medvedev am 12. Oktober den liberalen, im Lager der Opposition hochangesehenen, profiliertesten Presserechtler Russlands, Michail Fedotov, zu ihrem Nachfolger⁸⁸. Er bekräftigte damit, dass er am kritischen Profil und Kurs des „Rates“ festzuhalten gedachte⁸⁹.

(e) Medvedevs Bestreben und Wille, sich auch mit bekannten Kritikern des Putin-Regimes zu umgeben und mehr oder weniger eng mit ihnen zusammenzuarbeiten, lässt sich auch an der Person eines seiner Hauptberater, nämlich von Igor Jurgens, des Chefs von INSOR, ablesen, der wichtigsten, dem Staatspräsidenten intellektuell zuarbeitenden „Denkfabrik“. In einem am 21. Oktober 2010 veröffentlichten Zeitungsgespräch stellte Jurgens sich in einen scharfen Gegensatz zu Ministerpräsident Putin, indem er ein weiteres Mal die Freilassung Michail Chodorkovskijs forderte. Wörtlich sagte Jurgens am Ende längerer Ausführungen zu dem Fall⁹⁰: „Ich möchte schon seit langem, dass Chodorkovskij in Freiheit ist. Ich trete dafür auch jetzt ein, und bin bereit, eine ganze Reihe von Szenarien vorzuschlagen, wie man das auf eine zivilisierte Weise bewerkstelligen kann.“ Jurgens sagte das zur Zeit der Schlussplädoyers von Anklage und Verteidigung in dem seinem Ende entgegengehenden zweiten Strafprozess gegen die JUKOS-Eigner, aber Medvedevs Haltung gegenüber dem Prozess konnte er nicht beein-

⁸⁶ Ackeret, Markus: Mehr macht für den russischen Geheimdienst, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 19.7.2010, S. 3.

⁸⁷ Ackeret, Markus: Rückschlag für die Menschenrechtspolitik, in: NZZ vom 2.8.2010, S. 4. Über ihre Motive schwieg sich Frau Pamfilova zwar aus, aber der zeitliche Konnex ihres Schrittes mit Medvedevs kaltschnäuziger Verteidigung der FSB-Gesetzesnovelle war allzu offenkundig.

⁸⁸ Text des Ernennungsdekrets SZRF 2010, Nr. 42, Pos. 5349.

⁸⁹ Samarina, Aleksandra: Pravozaščitnyj trend prezidenta [Der Rechtsschutztrend des Präsidenten], in: Nezavisimaja gazeta vom 13.10.2010, S. 1/3.

⁹⁰ Text des Gesprächs in: Kommersant vom 21.10.2010, S. 1/7 (hier S. 7).

flussen. Der Staatspräsident äußerte sich zu dem Fall in der Sache nicht, obwohl ihm nicht weniger als Jurgens klar sein musste, dass die Anklage gegen die JUKOS-Manager Chodorkovskij und Lebedev erstens der Urteilsbegründung im ersten gegen sie gerichteten Strafprozess (2005) direkt widersprach⁹¹ und zweitens deswegen haltlos war, weil selbst nach den Zeugenaussagen der Anklage die von der Staatsanwaltschaft geltend gemachten Straftatbestände nicht erfüllt waren⁹².

Chodorkovskij und Lebedev wurden am 27. Dezember 2010 vom Gericht des Moskauer Stadtteiles Chamovniki für schuldig erklärt und zu 14 Jahren Freiheitsentzug, abzubüßen in Strafkolonien allgemeinen Vollzuges, verurteilt⁹³. Die Tatsache, dass beide Angeklagten allen Ernstes wegen Entwendung von Erdöl verurteilt wurden, obwohl sie dessen Eigentümer waren, was das Urteil im ersten Strafprozess festgestellt hatte und Russland im laufenden Beschwerdeverfahren vor dem EGMR in Straßburg offiziell vertritt (!!), macht das Urteil des Richters Viktor Danilkin zu einem Ausbund an Zynismus.

Das Schweigen Medvedevs dürfte seinen Anhängern endgültig die Illusion genommen haben, der Präsident bekämpfe den von ihm schon vor seinem Amtsantritt wiederholt gegeißelten „Rechtsnihilismus“. In seiner erwähnten programmatischen Rede am 15. Februar 2008 in Krasnojarsk hatte Medvedev gesagt⁹⁴: „Ich habe wiederholt über die Wurzeln des Rechtsnihilismus in unserem Lande gesprochen, der weiterhin einer der Charakterzüge unserer Gesellschaft ist. Wir müssen die Verletzung des Gesetzes aus unseren nationalen Gewohnheiten streichen, denen unsere Bürger bei ihrer tagtäglichen Tätigkeit folgen.“ Hier wird unmittelbar vor Medvedevs Augen Rechtsnihilismus mit einer nicht mehr zu überbietenden Dreistigkeit praktiziert und das in einem Fall, wie er wegen seiner internationalen, weltweiten Resonanz spektakulärer kaum denkbar wäre! Die politische und moralische Glaubwürdigkeit Präsident Medvedevs ist durch sein Schweigen zu der Farce dieses zweiten fabrizierten Strafprozess gegen Chodorkovskij und Lebedev bis ins Mark getroffen worden.

Das Urteil ist nur vorläufig ein Triumph Ministerpräsident Putins und seines heute für die Energiepolitik zuständigen Stellvertreters Igor´ Sečín, der seit

⁹¹ Ausführlich zu dem ersten Strafprozess Luchterhandt, Otto; Rechtsnihilismus in Aktion. Der Jukos-Chodorkovskij-Prozess in Moskau, in: Osteuropa 54. Jg. (2005), Nr. 7, S. 7–37.

⁹² Siehe dazu Ludwig, Michael: Urteil nach Plan, in: FAZ vom 28.12.2010, S. 2; Heimann, Doris: Erwartetes Ende eines politischen Prozesses, in: NZZ vom 29.12.2010, S. 4; Hosp, Gerald: Die Chiffre Chodorkowskij, in: FAZ vom 20.12.2010, S. 11.

⁹³ Kommersant vom 29.12.2010, S. 1; Nezavisimaja gazeta vom 29.12.2010, S. 2; Novaja gazeta 2011, Nr. 1 (12.1.), S. 14; 2010, Nr. 140 (13.12.), S. 9/10.

⁹⁴ Quelle der Rede oben unter Anm. 44.

langem einer der Hauptrepräsentanten der Siloviki-Fraktion in der Staatsführung des Landes ist. Beide, Putin und Sečín, hatten Chodorkovskij und Lebedev seit 2003 aus politischen Motiven verfolgt, den JUKOS-Konzern mit Hilfe einer von ihnen instruierten und instrumentalisierten Justiz – Staatsanwaltschaft und Gerichte – zerschlagen und das Vermögen des Konzerns in die Regie von ihnen kontrollierter Staatsunternehmen transferiert⁹⁵.

(f) Einen weiteren Kratzer an seinem Image als – angeblicher – Anwalt einer starken, selbstbewussten und rechtsstaatlich agierenden Justiz hat Medvedev ferner durch die von ihm am 3. November 2010 geleistete Unterschrift unter die Novelle zum Verfassungsgerichtsgesetz Russlands bekommen⁹⁶. Das umfangreiche Änderungsgesetz blieb – vermutlich wegen seines hochgradig technischen Charakters und seiner Unübersichtlichkeit – in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, obwohl es an der Struktur und der Arbeitsweise des Gerichts einschneidende Veränderungen vornimmt, die man aus rechtsstaatlicher und demokratischer Sicht nur als Verschlechterungen der Verfassungsgerichtsbarkeit Russlands ansehen kann. Erstens wird nämlich die Altersgrenze des Verfassungsgerichtspräsidenten – im Unterschied zu allen anderen Verfassungsrichtern – aufgehoben. Dadurch erhält der Präsident des Gerichts im Laufe der Zeit unausweichlich ein starkes Übergewicht gegenüber den einfachen Verfassungsrichtern mit Auswirkungen auch auf die Rechtsprechung. Das widerspricht dem Prinzip der Gleichheit der Richter. Zweitens hat das Gesetz die Senate des Verfassungsgerichts ersatzlos abgeschafft. Das Gericht verhandelt und entscheidet künftig nur noch als Plenum. Durch diese Maßnahme werden zwangsläufig die Wirksamkeit des Gerichts, der Umfang und die Schnelligkeit der Fallbearbeitung und der Geschäftserledigung bzw. sein „Ausstoß“ entscheidend verringert. Auf die Autorität des Verfassungsgerichts, sein Ansehen in der Öffentlichkeit und bei den Bürgern kann sich das nur nachteilig auswirken. Drittens hat das Gesetz ein disziplinarisches Vorgehen gegen die Verfassungsrichter von Seiten des Föderationsrates erleichtert. Dadurch hat der Gesetzgeber ihre Unabhängigkeit und infolgedessen auch das Prinzip der Gewaltenteilung geschwächt⁹⁷.

Mit der von ihm initiierten Novelle setzt Medvedev seinen schon 2009 verfolgten Kurs der Schwächung und Marginalisierung des Verfassungsgerichts im

⁹⁵ Luchterhandt, Otto: Rechtsnihilismus in Aktion. Der Jukos-Chodorkovskij-Prozess in Moskau, in: Osteuropa 54. Jg. (2005), Nr. 7, S. 7–37.

⁹⁶ Text: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii [SZRF -Sammlung der Gesetzgebung der Russländischen Föderation] 2010, Nr. 45, Pos. 5742; www.consultant.ru/online/base

⁹⁷ Kritisch zu der Novelle Samarina, Aleksandra: Zor'kin porabotaet na vybory 2012 [Zor'kin arbeitet noch bis zu den Wahlen 2012], in: Nezavisimaja gazeta vom 19.10. 2010, S. 1/3. (Zor'kin ist der Vorsitzende des Verfassungsgerichts Russlands.).

Verhältnis zu den anderen höchsten Verfassungsorganen des Landes fort. Wie sich das mit seinen Äußerungen zur dringenden Notwendigkeit der Reform der Justiz und der Stärkung der Gerichte als dritter Gewalt im Staate verträgt, bleibt ein unauflösliches Rätsel des Präsidenten.

(g) Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Wort und Tat, welche das politische Bild Präsident Medvedevs bereits 2009 gekennzeichnet hat, ist 2010 noch breiter und tiefer geworden. Geradezu exemplarisch zeigte sich das im Zusammenhang mit der jährlichen „Botschaft“ (poslanie) des Präsidenten an die beiden Kammern der Föderalversammlung, also des Parlaments.

Ebenso wie Medvedev im Jahre 2009 seiner Botschaft einen durch herbe Kritik an Russlands Realien aufgefallenen politischen Grundsatzartikel („Russland – vorwärts!“) vorausgeschickt hatte, verfuhr er auch 2010: in seinem „Blog“ setzte er sich am 23. November nämlich sehr kritisch mit dem Zustand des bestehenden politischen Systems auseinander⁹⁸. Nachdrücklich forderte er, „das Niveau des politischen Wettbewerbs zu erhöhen“. Die folgende Passage hatte eine besonders starke Resonanz in der Öffentlichkeit. Mit ausdrücklichem Bezug auf seinen vorjährigen Artikel „Russland – vorwärts!“ schrieb Medvedev: „Es ist kein Geheimnis, dass von einer bestimmten Periode an im politischen Leben unseres Landes Symptome von Stillstand (zastoj) zu erscheinen begannen und die Gefahr aufkam, dass sich Stabilität in einen Faktor der Stagnation (stagnacii) verwandelte. Ein solcher Stillstand ist gleichermaßen verderblich sowohl für die regierende Partei als auch für die oppositionellen Kräfte. Wenn die Opposition nicht die geringste Chance hat, in einem ehrlichen Kampf zu gewinnen, dann degradiert sie und wird marginal; und wenn die regierende Partei keine Chance hat, nirgendwo und niemals zu verlieren, dann 'versteinert' (bronzoveet) sie schlicht und degradiert letztlich ebenfalls, wie jeder lebendige Organismus, der bewegungslos verharret. Deswegen ist es notwendig geworden, das Niveau der politischen Konkurrenz anzuheben... Wir wollen unser politisches System einfach gerechter machen, flexibler, dynamischer, offener für Erneuerung und Entwicklung. Es soll großes Vertrauen bei unseren Wählern genießen.“

Allerdings dürften, so fügte Medvedev einschränkend hinzu, politische Reformen nicht in Chaos und Lähmung der demokratischen Institutionen führen. Sie müssten „allmählich, jedoch stetig erfolgen“.

Dass Medvedev die heutige Lage des Landes mit „zastoj“ charakterisierte, kam einer politischen Provokation gleich, denn das Wort ist in Russland und darüber hinaus seit Gorbatschows Perestroika die übliche, auch offiziell verwendete Bezeichnung für die „Breschnew-Ära“ wegen der Versteinerung ihrer politischen

⁹⁸ Text: <http://blog.kremlin.ru/post/119/transcript>.

Strukturen und ihres Immobilismus geworden. Medvedevs Diktum konnte sich nur auf Russlands Verhältnisse seit der zweiten Amtszeit Vladimir Putins, also die letzten fünf Jahre beziehen. Es war daher erstaunlich und auch delikat, weil just in diesen Jahren Medvedev in der Staatsführung für die Leitung der „nationalen Projekte“, d.h. die Modernisierung bedeutender, aber besonders reformbedürftiger Politikbereiche – Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft, Landwirtschaft usw. – zuständig gewesen war und seit dem Frühjahr 2008 gar das Amt des Staatspräsidenten bekleidete. Mit seiner Kritik traf Medvedev folglich ganz wesentlich sich selbst. Zwangsläufig warf das die Frage auf, was er gegen das Abrutschen in die Stagnation unternommen hatte. Eine Antwort gab er darauf natürlich nicht.

(h) Gleichwohl löste der Blog in allen Lagern der Opposition lebhafte Zustimmung aus, denn ihre Exponenten durften sich in ihrer jahrelangen Kritik an den Realien des Putin-Regimes vollauf bestätigt fühlen⁹⁹. Dementsprechend hoch gespannt waren die Erwartungen der Öffentlichkeit an die vom Präsidenten für den 30. November angekündigte „Botschaft“ vor den beiden Häusern der Föderalversammlung. Der liberale Flügel der politischen Elite hoffte, der Präsident werde seiner radikalen Kritik in der Poslanie ein starkes politisches Reformprogramm folgen lassen, ein faktisches Wahlprogramm und Manifest zugleich, mit welchem er seinen Anspruch auf das Präsidentenamt im Jahre 2012 zumindest indirekt geltend machen werde.

Diese Erwartung und Hoffnung wurde jedoch herb enttäuscht. Die Poslanie ging nicht einmal ansatzweise in eine solche Richtung¹⁰⁰. Mehr als das: sie stellte ganz einseitig die Familienpolitik in ihren Mittelpunkt. Gewiss, vor dem Hintergrund der schon seit Jahren allseits beklagten demographischen Katastrophe des Landes war das ein bedeutendes politisches Thema, aber ein äußerst komplexes Problem, dessen Lösung schon Präsident Putin für dringlich erklärt hatte, bei dem naturgemäß aber nur langfristig Erfolge erzielt werden können. Von den aktuellen politischen Diskussionen am Vorabend des Wahljahres war Medvedev mit diesem Fokus seiner Jahresbotschaft denkbar weit entfernt.

Während die Poslanie von 2009 politischen Reformüberlegungen und entsprechenden Vorschlägen noch ziemlich breiten Raum gegeben hatte, beschränkte sich die Botschaft von 2010 auf einen einzigen derartigen Vorschlag, nämlich die Chefs der örtlichen Selbstverwaltungsorgane nach einem gemischten System aus Verhältnis- und Mehrheitswahl zu wählen. Abgesehen davon, dass die demokratische Substanz und die mutmaßliche Wirkung des Vorschlages wegen des unter Putin geschaffenen und von ihm kontrollierten pseudodemokratischen

⁹⁹ Kommersant vom 25.11.2010, S. 3.

¹⁰⁰ Text: <http://www.kremlin.ru/news/9637>.

Parteiensystems durchaus zweifelhaft sein konnte, hätte Medvedev mit diesem buchstäblich marginalen politischen Vorschlag seinen Rückzug von dem Problem einer Modernisierung auch des politischen Systems Russlands symbolträchtiger kaum in Szene setzen können!

(i) Ein solches Profil der Poslanie war natürlich alles andere als ein Zufall. Vielmehr enthielt sie „zwischen den Zeilen“ definitiv den Verzicht Medvedevs darauf, im Wahlzyklus von 2011/2012 als Herausforderer Vladimir Putins aufzutreten, oder, anders gesagt, das Signal, als Bewerber um das Präsidentenamt nur dann anzutreten, wenn Putin beschließen sollte, 2012 nicht noch einmal zu kandidieren. Hätte Medvedev hingegen seine Poslanie zur Verkündung einer Art von Wahlprogramm genutzt, wäre das von den Medien und der interessierten politischen Öffentlichkeit wohl als Signal dafür interpretiert worden, dass Medvedev unter Umständen bereit sein würde, als Herausforderer Putins in die Präsidentenwahlen zu gehen.

Zu einem solchen Schritt war Medvedev tatsächlich von Teilen der ihm nahestehenden liberalen Elite des Landes seit dem Sommer 2010 immer offener gedrängt worden. Es war nicht nur der schon mehrfach erwähnte Igor Jurgens¹⁰¹, sondern Medvedev wurde auch von einem der prominentesten und zugleich schillerndsten Polit-Technologen Russlands, Gleb Pavlovskij, Chef der „Stiftung Effektive Politik“ dazu gedrängt. Das war besonders auffallend, weil Pavlovskij bis 2009 als entschiedener Parteigänger Putins bekannt war. Nun formulierte er die Erwartungen des liberalen Spektrums an Medvedev mit folgenden Sätzen¹⁰²: „Bei uns ist es üblich, dass der amtierende Präsident förmlich seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit erklärt. Wenn das nicht geschieht, dann scheint er selbst nicht an seine Politik zu glauben und dadurch diskreditiert er sie.“ Medvedev, so fährt Pavlovskij fort, müsse wissen, dass er zumindest einen Misserfolg seines Kurses einräume und seine Anhänger demoralisiere, wenn er nicht für das Präsidentenamt kandidiere. Seine Anhängerschaft sei eine ziemlich breite Koalition für die Entwicklung des Landes, wozu heute ebenso die Mehrheit der Anhängerschaft Putins zähle. Als Leader dieser Koalition werde jedoch Medvedev angesehen. Diese Sätze sind Warnung, Mahnung und Ermunterung zugleich¹⁰³. Deutlicher könnten sie kaum sein!

¹⁰¹ Siehe Samarina, Aleksandra: Povestka dnja dlja prezidenta-2012 [Eine Tagesordnung für den Präsidenten von 2012], in: Nezavisimaja gazeta vom 5.8.2010, S. 1/3; Kommersant vom 21.10.2010, S. 1/7 („Weil ich überzeugt bin, dass Dmitrij Medvedev 2012 in die Wahlen gehen muss, um die Modernisierung voranzubringen.“).

¹⁰² Zitiert nach Nezavisimaja gazeta vom 4.8.2010, S. 1/3 (3).

¹⁰³ Seinen Wechsel aus dem Lager Putins in das Medvedevs gab Pavlovskij eigenartigerweise Ende November definitiv zu Protokoll, obwohl ihm zu dieser Zeit als jemand mit der Möglichkeit des Blickes hinter die Kulissen eigentlich klar sein musste, dass Medvedev nicht die Absicht hatte, sich gegen Putin zu stellen. Dazu Samarina, Aleksandra: Pavlovskij protiv Putina, no za Medvedeva [Pavlovskij gegen Putin, aber für Medvedev], in: Nezavisimaja gazeta vom 29.11.2010, S. 1/2.

Was Putin von der Poslanie Medvedevs hielt, konnte die Öffentlichkeit daran ablesen, dass er sie in seinem nur eine Woche später stattfindenden, traditionellen und – live – mehrere Stunden dauernden „Gespräch mit dem Volk“ (über Standleitungen des Fernsehens) mit keinem Wort erwähnte¹⁰⁴.

Der Hauptvorwurf der Anhänger Medvedevs war wie schon 2009, dass der Präsident seiner scharfen Kritik an dem politischen Zustand Russlands keine entsprechenden Taten habe folgen lassen, sich auf Kosmetik beschränkt oder den von ihm verkündeten Prinzipien sogar zuwider gehandelt habe. 2010 war der Widerspruch in der Tat noch weitaus größer geworden. Denn Medvedevs Blog-These, das politische System Russlands leide unter einem Mangel an Wettbewerb, fiel in gewisser Weise auf ihn selbst zurück, denn er hätte es in der Hand gehabt (und hat es noch immer!), dem Mangel abzuhelpen, wenn er, gestützt auf seine mehr oder weniger breite liberale Anhängerschaft, eine neue, eigene Partei gegründet und die von Putin geführte Partei „Edinnaja Rossija“, die „Partei der Macht“ herausfordert hätte (oder herausfordern würde). Igor´ Jurgens hatte ihn dazu gedrängt¹⁰⁵, aber offensichtlich vergebens.

III.

Inzwischen ist ein solcher Schritt Medvedevs noch unwahrscheinlicher geworden, denn Putins Herausforderung durch eine zu „Edinnaja Rossija“ in Opposition tretende „Partei des Staatspräsidenten“ würde selbstverständlich den Bruch der vom Tandem 2007/2008 getroffenen Absprachen für „2012“ bedeuten und die Kooperation im Tandem aufkündigen. Dazu kann sich Medvedev offensichtlich nicht entschließen, mag er auch gelegentlich die Versuchung dazu gespürt haben oder spüren. Wie es scheint, hat sich Putin in seiner psychologischen Einschätzung Medvedevs nicht getäuscht!

Die Prognose ist daher, zusammenfassend festgestellt, hinreichend begründet, dass Putin entweder kurz vor oder aber kurz nach den Dumawahlen im Dezember 2011 seine Entscheidung über eine Kandidatur für die im März 2012 stattfindenden Präsidentenwahlen bekannt geben wird. Aus heutiger Sicht ist mit seiner Rückkehr in das Präsidentenamt zu rechnen. Ob Putin als Präsident dann Medvedev zum Ministerpräsidenten ernennen oder aber sich für einen anderen Politiker aus seiner Mannschaft entscheiden wird, lässt sich nicht voraussagen. Da der Ministerpräsident der Stellvertreter des Staatspräsidenten ist, ist diese Variante nicht ausgeschlossen.

¹⁰⁴ Rodin, Ivan/Bilevskaja, Ėlina: Putin ne vspomnil o prezidente [Putin erinnerte nicht an den Präsidenten], in: Nezavisimaja gazeta vom 7.12.2010, S. 1/3.

¹⁰⁵ Vgl. Kommersant vom 16.9.2010, S. 3.

Aus den 2010 von den russischen Medien verbreiteten und von vielen Spekulationen umrankten öffentlichen Erklärungen Putins und Medvedevs zur „2012-Frage“ ergibt sich keine abweichende Einschätzung. Die beiden „Fahrer“ des Tandems wiederholten mit mehr oder weniger gleichen Formulierungen lediglich das, was sie schon früher öffentlich zu dem Thema gesagt hatten, nämlich, dass die Entscheidung, wer von ihnen kandidieren werde, noch offen sei. Auf dem Wirtschaftsforum Ende November 2010 in Berlin sagte Putin zu der „2012-Frage“¹⁰⁶: „Die Antwort hat Standardcharakter; ich kann Ihnen nichts Neues sagen: schauen wir, in welchem Zustand sich die soziale Sphäre, die Wirtschaft und die politische Situation befinden werden und treffen wir dann eine einvernehmliche Entscheidung im Interesse des Landes.“

Wenige Tage vorher hatte Medvedev in seinem am 26. November veröffentlichten (schriftlichen), aus Anlass seiner Polen-Reise entstandenen Interview mit polnischen Journalisten auf die „2012-Frage“ erklärt, unter welchen Voraussetzungen er für das Präsidentenamt kandidieren werde¹⁰⁷: „Wenn die Situation in unserem Lande normal und stabil sein wird und wenn ich eine entsprechende Unterstützung aus der Bevölkerung haben werde, schließe ich das nicht aus.“ In der Sache nichts anderes sagte zwei Wochen später Medvedevs persönlicher Referent (pomošćnik) in Wirtschaftsfragen, Arkadij Dvorkovič, zu dem Thema in einem der BBC gewährten Interview, das wegen der Dvorkovič insofern eigentlich fehlenden Sachkompetenz sofort großes Aufsehen erregte¹⁰⁸. Er bestätigte zunächst die grundsätzliche Bereitschaft Medvedevs zu einer weiteren Amtszeit und fügte hinzu: „Wenn ich ihre [sc. Putins und Medvedevs] konstruktiven und freundschaftlichen Beziehungen berücksichtige, so denke ich, dass sie sich zusammensetzen und entscheiden werden, wer zu den Wahlen antreten soll...Eine endgültige Entscheidung haben sie noch nicht getroffen.“ Dvorkovič zufolge wird Medvedev also keinesfalls gegen Putin kandidieren, sondern sich Putins Entscheidung unterwerfen, erneut das Präsidentenamt zu übernehmen. Da Putin kraft seines politischen Übergewichts selbstverständlich den Vorrang bei der Entscheidung haben wird, hängt sie letztlich allein von ihm, von seinem Interesse ab.

Wie verunsichert und teilweise auch verwirrt Teile der politischen Elite in Bezug auf die „2012-Frage“ trotz der insofern eigentlich hinreichend bestehenden Klarheit aber noch immer sind, kann man besonders gut an der Einschätzung Dmitrij Furmans ablesen, einem der scharfsinnigsten und erfahrendsten Beob-

¹⁰⁶ Zitiert nach Samarina, Aleksandra: Pavlovskij protiv Putina, no za Medvedeva [Pavlovskij gegen Putin, aber für Medvedev], in: Nezavisimaja gazeta vom 29.11.2010, S. 1/3.

¹⁰⁷ Zitiert nach Nezavisimaja gazeta vom 7.12.2010, S. 1/3(3).

¹⁰⁸ Zitiert nach Kommersant vom 11.12.2010, S. 1.

achter unter Russlands Politologen¹⁰⁹. Die Leichtigkeit, mit welcher man Lužkov gefeuert habe, und die Tatsache, dass alle „Getreuen“ des scheinbar allmächtigen Moskauer Bürgermeisters augenblicklich und ohne Ausnahme zu dessen Nachfolger Sobjanin übergelaufen seien, führt Furman zu der Annahme, dass das politische Schicksal Putins in den Händen Medvedevs liege und allein von dessen persönlicher Loyalität abhängen. So, wie es Lužkov ergangen sei, würde es auch Ministerpräsident Putin ergehen, wenn Staatspräsident Medvedev ihn entlasse und einen anderen Politiker an dessen Stelle setze. Auch Putin werde – von seinen Anhängern verlassen – plötzlich machtlos dastehen.

Überzeugend ist diese Ansicht nicht. Denn Furman übersieht ganz und gar, dass die machtvollsten Funktionsträger in der Umgebung Putins in mehr oder weniger großer Distanz zu Medvedev stehen, voran die stellvertretenden Ministerpräsidenten und Exponenten der Siloviki, Sečin und Sergej Ivanov, sowie der Duma-Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende von „Edinnaja Rossija“ Boris Gryzlov, und dass es daher äußerst unwahrscheinlich ist, dass sie sich auf die Seite Medvedevs schlagen werden¹¹⁰. Furman unterschätzt außerdem die Tatsache, dass Putin der Vorsitzende von „Edinnaja Rossija“ ist und als solcher die Möglichkeit hätte, seine stärkste politische Karte auszuspielen, nämlich als „nationaler Führer“ an das Volk zu appellieren. Ein sang- und klangloser Abtritt gegen seinen Willen erscheint schon mit Blick auf Putins Charakter gänzlich unwahrscheinlich. Aufgrund seiner engsten Verbundenheit mit der Fraktion der Siloviki könnte Putin starke Bundesgenossen zu seiner Unterstützung mobilisieren. Medvedev würde daher eine offene Spaltung der politischen Elite und der Bevölkerung des Landes riskieren, und sie würde mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht nur zu Straßendemonstrationen, sondern auch zu gewaltsamen Unruhen und schlimmstenfalls zur Mobilisierung und dem Einsatz bewaffneter Verbände führen. Nichts spricht dafür, dass Medvedev solche Risiken einzugehen bereit ist.

Lilija Ševcova, eine der scharfsinnigsten und erfahrendsten Politologinnen Russlands, weist zutreffend auf die Ironie hin, dass Deutungen der politischen Lage wie die aus der Feder Dmitrij Furmans paradoxerweise der Stabilität der Tandemokratie gerade in die Hände spielten. Sie schreibt¹¹¹: „Die Reproduktion des Systems erleichtert auch der 'Faktor des Glaubens'. Ich meine damit die Hoffnung der Experten und Politiker darauf, dass das Tandem Putin-Medvedev

¹⁰⁹ Demokratija i pustota [Die Demokratie und die Leere], in: Nezavisimaja gazeta vom 24.11.2010, S. 5.

¹¹⁰ Darauf hat Michael Ludwig schon unmittelbar nach der Wahl Medvedevs am 2.3.2008 zutreffend hingewiesen: Aktion Nachfolger, in: FAZ vom 3.3.2008, S. 5.

¹¹¹ Novaja gazeta 2010, Nr. 135 (1.12.2010), S. 7.

die Unvermeidlichkeit einer Spaltung der Elite und die Entstehung zweier Entwicklungsmodelle bedeutet: eines konservativen und eines gemäßigt-reformorientierten [Modells]. Reale Beweise dafür zu finden, dass Reibereien zwischen den Mannschaften der Leader und ihr unterschiedlicher Stil die Bestätigung dafür sind, dass im Inneren der Macht (vlast') konzeptionelle Unterschiede bestehen, gelingt nicht. Vor uns liegen vielmehr Beweise des Gegenteils davon, dass nämlich das Tandem eine erfolgreiche Form ist, Putin an der Macht zu halten und das Leben der an seine Person gebundenen Macht (personalistskoj vlasti) zu verlängern. Schaut nicht deswegen die Macht selbst so wohlwollend auf die Versuche, die 'Unterschiedlichkeit' im Tandem zu beweisen?“